

# Sperrre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!

Verschämte Armut  
in Deutschland



Die Angst vor Ausgrenzung  
führt zum Verzicht auf  
Sozialleistungen

Hafencenter am Hansaring  
steht vor ungewisser  
Zukunft

Wohnen mit der LEG:  
Wie Lebensraum zur  
Ware wird



## Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße

### Montag

10:00–16:00 Uhr

Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Bewerbungen schreiben,  
Hilfe bei Anträgen und Formularen

16:00–18:00 Uhr

Computerkurs

### Dienstag

10:00–14:00 Uhr

Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Bewerbungen schreiben,  
Hilfe bei Anträgen und Formularen

14:00–16:00 Uhr

Ideenschmiede

16:00–18:00 Uhr

Mehr Lebensqualität

### Mittwoch

10:00–11:30 Uhr

Der Pflanzendoktor

11:30–12:00 Uhr

Teamschulung (intern)

12:00–13:00 Uhr

Teamsitzung (intern)

13:00–16:00 Uhr

Offener Treff

16:00–18:00 Uhr

Mehr Lebensqualität

ab 17:30 Uhr

MALTA-Chor

### Donnerstag

10:00–12:00 Uhr

♀ Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Bewerbungen schreiben,  
Hilfe bei Anträgen und Formularen ♀ (nur für Frauen)

12:00–18:00 Uhr

Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Bewerbungen schreiben,  
Hilfe bei Anträgen und Formularen

### Freitag

10:00–16:00 Uhr

Offene Freizeitgestaltung & Offener Treff

16:00–18:00 Uhr

Sprachkurs – Spanisch

18:00–20:00 Uhr

Musik-AG

Das MALTA-Team steht mit Rat und Tat zur Seite. Alle Angebote sind kostenlos!

MALTA – Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße

Achtermannstraße 10–12  
Hof vom CUBA  
malta@maltanetz.de

48143 Münster  
☎ 0251 4140553  
www.maltanetz.de



## Das \* allein bringt keine Gerechtigkeit

Bei der Heftkritik der letzten *SPERRE* kam anlässlich eines Artikels mit vielen Gender\*sternchen erneut die Debatte um gendergerechte Sprache auf, also eine Sprache, die zumindest geschrieben allen Geschlechtern gerecht wird.

Bewusstsein formt sich auch durch Sprache. Vor diesem Hintergrund suchen wir Formen geschlechtlich gerechter Sprache. Ein Vorschlag war: uns immer ausdrücklich an beide, an „Leserinnen und Leser“ wenden. Das ist mühsam und ein großer Worthaufen. Das große Binnen-I, das die *tageszeitung* ihren LeserInnen vorsetzte, gilt als schlecht lesbar. Der / und das \_ setzen ebenso vielen Leser/innen und Leser\_innen eine Lesehürde vor die Augen. Die jetzt auch vom Bundesverfassungsgericht betonte Vielfalt geschlechtlicher Ausdrucksformen erforderte neue sprachliche Formen. Unsere Leser\*innen stoßen deshalb seit Längerem auf das Gender-Sternchen \*, es soll auch die sexuellen Orientierungen einschließen, die sich in Mann oder Frau nicht wiederfinden.

Wir hatten vor zwei Jahren eine *SPERRE*-Ausgabe mit dem Schwerpunktthema „Sprache“ herausgebracht. Es ging darin auch um „Einfache Sprache“. Sie soll Menschen mit eingeschränkten Lesefähigkeiten ermöglichen, Texte zu lesen und zu verstehen. Alle hier genannten Techniken einer geschlechtergerechten Sprache

setzen Barrieren des Verstehens, selbst „Leserinnen und Leser“ ist nicht einfach. Gendergerecht und gleichzeitig barrierefrei ist eine große Herausforderung (eine Anregung zum Weiterlesen: <https://www.genderleicht.de/>).

Dazu kommt die Forderung, im Kampf um eine korrekte Sprache nicht den Kampf um eine gerechte Gesellschaft zu vergessen. Geändertes Sprachbewusstsein allein verändert noch nicht die Verhältnisse. Jüngst haben drei deutsche Frauen deutschen Männern gezeigt, wie Frauen Macht in Europa und in Deutschland und im Militär ausüben – diesen Eindruck wollen manche erwecken. Die Wirklichkeit fast aller Menschen sieht jedoch



anders aus: Frauen erhalten weiterhin und unverändert im Durchschnitt 20 Prozent weniger Lohn für die gleiche Arbeit. Sie haben geringere Aufstiegschancen als Männer. Geschlechtlich geprägte Gewalt geht fast immer von Männern aus, etwa auch von (Ex-)Partnern, von Betreuern, Priestern, Soldaten.

Sprache ist wichtig, wir bemühen uns um die passende. Wir wissen: Armut ist vor allem weiblich, verschämte Armut erst recht. Mehr zu dem Thema verschämte Armut in diesem Heft.

Arnold Voskamp



www.stadtwerke-muenster.de

# Energiesparen ist doch ganz einfach!

- ✓ Kostenlose Tarif- und Energiesparberatung
- ✓ Energiespar-Produkte
- ✓ Expertensprechstunden

Dies alles und vieles mehr bieten wir Ihnen im CityShop, Salzstr. 21, im Kundencenter am Hafenplatz 1 oder unter der Kunden-Hotline 02 51.6 94-12 34.

Wir beraten Sie gern.



Einfach. Näher. Dran.



Stadtwerke Münster

*Spendenaufruf !!*

Wir benötigen dringend Geld für Kaffee,  
Kaffeefilter, Milch, Lebensmittel ...



Münsters Arbeitslosentreff  
Achtermannstraße 10-12 | 48143 Münster  
Tel 0251 4140553

Das MALTA ist ein offener Treff für Arbeitslose.  
Es ist eine ergänzende Anlaufstelle für Fragen rund  
um das Thema Arbeit und Arbeitslosigkeit.



## 8 MALTA – ein Treffpunkt nicht nur für Arbeitslose

Münsters ArbeitslosenTreff Achtermannstraße, kurz MALTA, ist eine Anlaufstelle für all diejenigen, die Fragen und Beratungsbedarf rund um die Themen Arbeit und Arbeitslosigkeit haben. Die Einrichtung existiert seit 2002 und ist ein Projekt des Vereins „Arbeitslose brauchen Medien“ (AbM), der unter anderem das Magazin SPERRE herausbringt. Längst hat sich das MALTA zu einem gefragten und vielfältigen Beratungsangebot für jedermann\* entwickelt. Die fachkundigen Mitarbeiter\*innen können bei Bewerbungen ebenso helfen wie beim Ausfüllen von Anträgen und Formularen. Auch eine Begleitung zum Amt ist auf Wunsch möglich.



## 12 Schulden machen beim Amt

Wer Leistungen nach Hartz IV bezieht, ist froh, wieder eine Arbeitsstelle zu finden. Doch beim Übergang vom Bezug des Arbeitslosengeldes II zum neuen Verdienst klafft unter Umständen eine empfindliche Lücke – im Portemonnaie. Denn während das Jobcenter bei einer neuen Stelle umgehend alle Zahlungen einstellt, erscheint das Gehalt erst am Ende des ersten Monats nach Arbeitsantritt auf dem Bankkonto. Wovon in der Zwischenzeit die Miete zahlen und alle anderen laufenden Kosten, wenn man keine Rücklagen hat? Für viele Betroffene bleibt nur ein Ausweg: ein Kredit beim Jobcenter beantragen, Schulden machen beim Amt.

## 24 „Wir haben großen Nachholbedarf“

Wer in Münster eine Wohnung sucht, der kann was erzählen – und erleiden. Erst recht, wenn die Wohnung bezahlbar sein soll. Viele Menschen suchen Jahre und nicht unbedingt erfolgreich, um etwas Passendes zu finden. In Münster fehlen über 30.000 Wohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen. Was also tun? Welche Lösungen die Grünen, die mit der CDU im Stadtrat eine Koalition eingegangen sind, für das Problem parat haben, darüber haben wir in einem Interview mit Björn Möltgen, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtplanung und Wohnen, gesprochen.



## INTRO

### 3 Editorial

## TITEL – DIE IM DUNKELN SIEHT MAN NICHT

### 6 Die Armut ist viel größer als angenommen

Die Hälfte der Anspruchsberechtigten stellt keinen Antrag auf Sozialleistungen

### 8 MALTA – die etwas andere Insel, mitten im westfälischen Münster

Ein Ort, an dem sich Menschen treffen, die es gar nicht gibt

### 12 Vorsicht, Arbeit!

Wie die Regierung die Arbeitsaufnahme behindert

### 14 Das Leben muss nicht immer teuer sein

Neue Auflage der Broschüre „fast umsonst – mit dabei! Münster-Ratgeber für ein preiswertes Leben“ erschienen

## ÜBER DEN TELLERRAND

### 15 Katholische Kirche stellt die Systemfrage Trotz Missbrauch-Skandalen bezieht sie

erstaunlich klar zu Atomwaffen und Neoliberalismus Stellung

## WAS ZUM LEBEN GEHÖRT

### 16 Lebensraum als Ware

Wohnen: Grundrecht oder Profitquelle?

### 22 Die unangemessene Angemessenheit

Was dabei passiert, wenn Worte in die Mühlen der Bürokratie geraten

### 24 Quo vadis, Wohnungspolitik?

Ein Gespräch über die prekäre Wohnsituation in Münster, „SoBoMü“ und die Vorstellungen der Grünen

## STADTGESPRÄCH

### 19 Hafencenter vor ungewisser Zukunft

Interview nach dem Baustopp: Wie geht es weiter und was wünschen sich die Bürgerinitiativen im Hafenviertel?

## KULTUR

### 28 Termine in Münster

Stadtkultur im Herbst und Winter

## TITELTHEMA:

### Die im Dunkeln sieht man nicht



## RUBRIKEN

### 30 NICHT SPERRIG (MELDUNGEN & TIPPS)

### 33 ALLES WAS RECHT IST

### 38 DAS LETZTE

### 38 IMPRESSUM

# Die *Armut* ist viel größer als angenommen

Die Hälfte der Anspruchsberechtigten stellt keinen Antrag auf Sozialleistungen

Von Norbert Attermeyer



Foto: Agneta  
Becker

*Das Ansehen von Menschen im Hartz-IV-Bezug liegt mittlerweile  
auf dem letzten Platz der gesellschaftlichen Anerkennung*





## Millionen Bedürftige\*r stellen aus Angst vor Stigmatisierung keinen Antrag

**D**iesen Spruch kennt man aus der Politik: „Die Hilfeleistungen sollten sich ausschließlich auf die Personen konzentrieren, die auch wirklich bedürftig sind.“ Suggestiert wird hierbei immer, dass viele Menschen Sozialleistungen beziehen, die bei genauer Betrachtung eigentlich gar keinen Anspruch auf diese Leistungen hätten.

Wie zynisch und weltfremd diese Einlassungen sind, hat sich nun herausgestellt: Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beantragen 50 Prozent der Berechtigten keinen Antrag auf Sozialleistungen. Für Münster heißt dies allein für den Bereich Hartz IV: Nicht 21.722 in der amtlichen Statistik aufgeführte Menschen sind in dieser schönen Stadt von Armut betroffen, sondern 43.W444!

### Die Scham, einen Antrag zu stellen

Warum dies so ist, darauf haben die Autoren der Studie eine klare Antwort: Es ist die „Scham“, einen Antrag zu stellen. Gerade bei Hartz IV ist die Hürde für die Antragstellung hoch: Viele Unterlagen müssen eingereicht werden. Antragsformulare mit zum Teil komplizierten Fragen müssen beantwortet werden. Die komplette persönliche und finanzielle Situation ist offenzulegen. Vermieter\*innen werden auf die „Situation“ ihrer Mieter\*innen aufmerksam gemacht. Dokumente, die eingereicht werden, können zu neuen Fragen führen. Direkte Angehörige werden überprüft. Und zu alledem ist die Behördensprache im Bereich von Hartz IV sehr gewöhnungsbedürftig. Eine Einladung zu einem Gespräch mit der Behörde kann auch schnell als Vorladung verstanden werden. Die Kommunikation mit dem Jobcenter ist häufig von Angst geprägt.

### Die „Verrohung der Mittelschicht“

Hinzu kommt die gesellschaftliche Ächtung, die Menschen erfahren, die Hartz-IV-Leistungen beziehen. Soziologen der Universität Bielefeld haben unter der Leitung von Wilhelm Heitmeyer in mehreren Untersuchungen herausgefunden, dass seit geraumer Zeit von einer regelrechten „Verrohung der Mittelschicht“ gesprochen werden kann. Eine Verrohung, die wenig Mitgefühl zulässt. Und die sich aus dem neoliberalen Denken speist, welches seit den 80iger-Jahren und der von Helmut Kohl ausgerufenen „geistig-moralischen Wende“ vorherrscht. Das Mantra der neoliberalen Jünger – „privat ist besser als Staat“ – hielt in allen gesellschaftlichen Bereichen Einzug. Manchmal kam die Veränderung auch ganz schleichend. Ein gutes Beispiel hierfür ist die ehemalige große Samstagabend-Show „Wetten dass?“. Vor zwanzig Jahren war es noch üblich, dass Prominente nach einer verlorenen Wette irgendetwas im sozialen Bereich machen. Beispielsweise einen Tag in der Essenausgabe einer Bahnhofsmission arbeiten. Später reichte es aus, wenn Promis im Handstand bis zehn zählen konnten. Ist ja auch lustiger, und Armut will eh keiner sehen. Es sei denn als gesellschaftlicher Aufreger, wie bei „Arno Dübel“ oder „Florida Rolf“ (beide *BILD*). Sie sind so in Mode gekommen unsere heutigen Schandpfähle.

Das Ansehen von Menschen im Hartz-IV-Bezug liegt mittlerweile auf dem letzten Platz der gesellschaftlichen An-

erkennung. Besonders zynisch hierbei ist, dass die Bertelsmann-Stiftung, die an der Durchsetzung und Einführung von Hartz IV wesentlich beteiligt war, und hierfür sogar die „Blaupause“ geliefert hat, seit Längerem die Armen mit einschlägigen Sendungen bei RTL und RTL2 regelrecht vorführt.

### Das neoliberale Denken vergiftet den gesellschaftlichen Zusammenhalt

All dies treibt die Nichtinanspruchnahme („non-take uprate“) von Leistungen in die Höhe. Für den Bereich Hartz IV wird sie auf 43 bis 56 Prozent geschätzt. Bei der Grundsicherung im Alter sieht es noch düsterer aus. Da wird die Quote sogar auf 60 Prozent geschätzt. In anderen Bereichen sieht es ähnlich aus. Nach Aussage des Bundesarbeitsministeriums stellen lediglich 25 Prozent der Anspruchsberechtigten einen Antrag auf Kinderzuschlag. Mit dem neuen „Starke-Familien-Gesetz“ wurden zwar einige kleine Veränderungen vorgenommen. Ob die Antragstellungen dadurch in Zukunft zunehmen, darf allerdings bezweifelt werden.

Das DIW kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, dass staatliche Leistungen nicht zum Ziel führen, die Armut tatsächlich zu bekämpfen. Hauptproblem ist und bleibt die Stigmatisierung bei der Inanspruchnahme bestimmter Sozialleistungen. Und solange der neoliberale Zeitgeist unser Denken beherrscht, wird sich hieran nicht viel ändern.

Jedes Jahr freut sich der Aufsichtsrat der Arbeitsagentur, wenn das Geld doch nicht komplett für Weiterbildung etc. ausgegeben wurde. Und überweist seinen „Gewinn“ wieder zurück an den Finanzminister. Die Frage, die sich aufdrängt: Ist die Arbeitsagentur jetzt ein Konzern mit Aktionären und „shareholder value“?

Das neoliberale Denken und Handeln hat nicht nur das Klima ruiniert, es schadet insgesamt der Gesellschaft und vergiftet den sozialen Zusammenhalt. Wenn Menschen immer mehr nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen beurteilt werden, nach der besten Verwertbarkeit für den Produktionsprozess, dann bleibt das Menschliche auf der Strecke. Und dann kommen die sozialen Leistungen nicht dort an, wo sie hingehören. Dann bleiben die im Dunkeln der Gesellschaft weiter unsichtbar.

Übrigens: Das Kindergeld zählt nicht zu den Leistungen, die wenig in Anspruch genommen werden. Ganz unbürokratisch wird hier die Unterstützung bewilligt. Dies muss auch der Weg für die anderen sozialen Leistungen sein, wenn sie denn ankommen sollen. Und – dies nur am Rande: Dem Staat sind die Kinder reicher Eltern mehr wert als die der Normalverdiener\*innen. Der den Besserverdienenden gewährte Kinderfreibetrag liegt deutlich über dem normalen Kindergeld. Und arme Kinder, also zum Beispiel Kinder von Menschen im Hartz-IV-Bezug, gehen ganz leer aus. Denn hier wird das Kindergeld auf die anderen Leistungen angerechnet.

Ungerecht? Sicher. Wie war das noch gleich? „Die Leistungen sollten sich nur auf die konzentrieren, die auch wirklich bedürftig sind.“ ■



# MALTA – die etwas andere *Insel* mitten im westfälischen Münster

Ein Ort, an dem sich Menschen treffen, die es gar nicht gibt

Von Daniel Krull und Lea Pohl

**Wer kennt das Lied nicht: „Eine Insel mit zwei Bergen und dem tiefen weiten Meer ...“? Zugegeben, ganz so wie in der Augsburger Puppenkiste und bei Jim Knopf und Lukas dem Lokomotivführer sieht es nicht aus. Die Insel MALTA besitzt nicht wirklich zwei Berge, dafür aber eine – ehemals – blau-weiße Marquise, eine vollgeklebte Eingangstür, einen überquellenden Aschenbecher, eine leicht schief hängende Weltkarte, drei mehr oder weniger moderne Computer sowie – etwas stinkiges Eigenlob muss an dieser Stelle erlaubt sein – mehrere hoch motivierte Praktikant\*innen.**

**W**as jetzt folgt, ist sowohl ein Erlebnisbericht des ehemaligen Praktikanten Daniel Krull als auch der aktuellen Praktikantin Lea Pohl sowie eine detaillierte Vorstellung aller Angebote, Kurse und Möglichkeiten, die man auf ... ähhh ... in der Insel mitten in Münster erleben kann. Türen schließen, es geht los...

## Die Seele baumelt vor sich hin

Zu einem ordentlichen Studium gehört auch das eine oder andere (Pflicht-)Praktikum. Für mich als damals angehenden

Sozialpädagogen und nach der bestandenen Abschlussarbeit stand am Ende meines Studiums ein dreimonatiges Pflichtpraktikum. Wo kann man im westfälischen Münster ein Praktikum machen? Na logo, im MALTA, Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße. Vor dem ersten Tag meines Praktikums machte ich mir so meine Gedanken, wie ungefähr mein Arbeitsalltag im MALTA aussehen könnte. Da wir ja in Deutschland vermeintlich Vollbeschäftigung haben, stellte ich mir den Ablauf meiner täglichen Arbeit ungefähr so vor: Nichtstun, Füße hochlegen, Pistenpläne der Skigebiete in den Alpen studieren, mich auf meinen nächsten Skiurlaub freuen, den ganzen Tag herumgammeln und einfach nur die Seele baumeln lassen. Perfekt. Das kann ich. Das kenne ich. Das kenne ich bereits von meinem Studium und einigen langweiligen Veranstaltungen. Da ich aber in den Vorlesungen Statistik 1 und Statistik 2 besonders gut (?) aufgepasst hatte, war die Angelegenheit für mich eine einfache mathematische Gleichung:  $0 = 0$ . Bedeutet: Keine Arbeitslosen = keine Arbeit während des Praktikums für mich. Voller Vorfreude machte ich mich also an meinem ersten Arbeitstag auf den Weg in Richtung Achtermannstraße 10–12.

## Verstehen Sie Spaß?

Alle wichtigen und unwichtigen Unterlagen wie die Praktikumsvereinbarung, unzählige Pistenpläne und die neueste





Ausgabe der SPERRE – Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur hatte ich mit im Gepäck. Hoch motiviert und überpünktlich kam ich vor dem cuba an, ging schnurstracks in den Hof zum Eingang des MALTA, wo sich schon gut zehn Personen aufhielten, obwohl das MALTA erst in knapp 15 Minuten öffnen sollte. Ich sagte in freundlichem und fast schon überschwänglichen Tonfall: „Guten Morgen allerseits. Kann ich irgendwo behilflich sein?“.

Die Antworten folgten wie aus der Pistole geschossen: Peng, peng, peng! Alle redeten wild durcheinander, wobei ich folgende Aussagen aufschnappen konnte: „Ich brauche Unterstützung bei einem Anschreiben!“ „Ich benötige dringend Hilfe beim Weiterbewilligungsantrag zum Arbeitslosengeld II!“ „Ich habe eine Frage zu einer möglichen Umschulung!“ „Ich bin seit mehr als zehn Jahren arbeitslos und möchte mich in Zukunft selbstständig machen!“ „Ich möchte gerne eine neue Ausbildung beginnen!“ „Ich suche einfach nur jemanden zum Zuhören!“. Äh? Ähh? Ähhh? Wer? Wie? Was? Wieso? Weshalb? Warum? Bitte? Wie kann denn das sein? Wo kommen denn auf einmal die ganzen Arbeitslosen her? Arbeitslose Menschen in einer so reichen Stadt wie dem schönen Münster? In der Stadt, die im Jahr 2004 zur lebenswertesten der Welt gekürt wurde? Wir haben doch Vollbeschäftigung!? Schlafe ich noch oder träume ich schon? Versteckte Kamera? Bin ich in der kommenden Sendung bei *Verstehen Sie Spaß?* mit Guido Cantz? Was ist jetzt mit meinen ganzen (Pisten-)Plänen?

### Unsichtbare werden sichtbar(er)

Gedanken- bzw. Emotionsprung: Natürlich war ich mir vor dem Beginn meines Praktikums nicht zu 99,9 Prozent, sondern zu 100 Prozent bewusst, dass meine Arbeitskolleg\*innen und ich mit den unterschiedlichsten Arbeitslosen zu tun haben bzw. mit unzähligen Formen der Arbeitslosigkeit in Berührung

kommen werden. Schade nur, dass die Politik diese arbeitslosen Menschen und allgemein die Arbeitslosigkeit nicht (mehr) sehen will. Ich sehe sie nämlich während meines Praktikums mehr als deut-

lich: Jeden Tag. Jede Stunde. Jede Minute. Jede Sekunde. Ich sehe sie. Ich sehe sie glasklar.

Die Arbeitslosigkeit existiert. Sie ist da. Sie geht auch nicht einfach so weg. Auch wenn die deutsche Politik mit geschönten, verdrehten und kaschierten Zahlen das Gegenteil behauptet. Ich falle auf diese Fake News nicht herein.

Nun stand ich also vor dem Eingang des MALTA mit ungefähr zehn hilfeschuchenden und zum Teil auch stark frustrierten und verzweifelten Arbeitslosen. Das war der Startpunkt meines dreimonatigen Praktikums im MALTA. Nach einigen Tagen zog ich ein erstes, frühes Zwischenfazit: Ich bin immer noch hoch motiviert, habe jeden Tag eine ganze Menge zu tun und die annähernd 100 verschiedenen Pistenpläne der deutschen und österreichischen Alpen liegen immer noch unausgepackt und ungelesen in meinem schwarzen löchrigen Beutel.

Wie lässt sich das MALTA, die etwas andere Insel mitten im westfälischen Münster beschreiben? Etwa so steril, kalt, grau und unübersichtlich wie das Jobcenter? So anonym wie die Massenabfertigung bei der Agentur für Arbeit? Bestimmt nicht!

### Jede\*r ist im MALTA willkommen!

Alle Menschen sind im MALTA willkommen! Egal, ob Mann, Frau oder drittes Geschlecht. Egal, ob Arm oder Reich, ob Jung oder Alt, Klein oder Groß, Dick oder Dünn, hetero-, homo- oder bisexuell etc., Schwarz oder Weiß, arbeitssuchend oder nicht arbeitssuchend, religiös oder nicht religiös, mit oder ohne Migrationsvorgeschichte, FC-Bayern-München- oder Borussia-Dortmund-Fan, Schlager- oder Metal-Hörer\*in, BILD-Zeitung- oder SPERRE-Leser\*in. Ohne Wenn und Aber gilt: Jede\*r ist im MALTA willkommen! Jede\*r! Einfach vorbeikommen! Was es dort nämlich alles für tolle, interessante, spannende und wichtige Angebote, Kurse und Möglichkeiten gibt, folgt sogleich. Praktikantin Lea, bitte übernehmen!

### Bewerbungschancen vergrößern

Danke, Ex-Praktikant Daniel! Und danke auch für Deine über 6000 Zeichen. Ein Satz der Marke „Es existiert in Deutschland keine Vollbeschäftigung!“ und somit knapp unter 60 Zeichen hätten eigentlich auch ausgereicht. Hahaha!

Zurück zum MALTA in Münster: Wer in unserer gnadenlosen Ellbogen- und Leistungsgesellschaft in Deutschland eine Arbeit finden möchte, muss sich mit diversen Unterlagen bewerben. Leider, aber Hilfe naht: Das MALTA bietet die Möglichkeit, zusammen mit den fachkundigen Mitarbeiter\*innen einen adäquaten Lebenslauf und ein passgenaues Anschreiben zu verfassen, die den Besucher\*innen den Konkurrenzkampf um freie Stellen erleichtern sollen und ihnen so die bestmöglichen Chancen für einen Weg aus der Arbeitslosigkeit zu eröffnen.



Foto: Agneta Becker

Foto: Agneta Becker

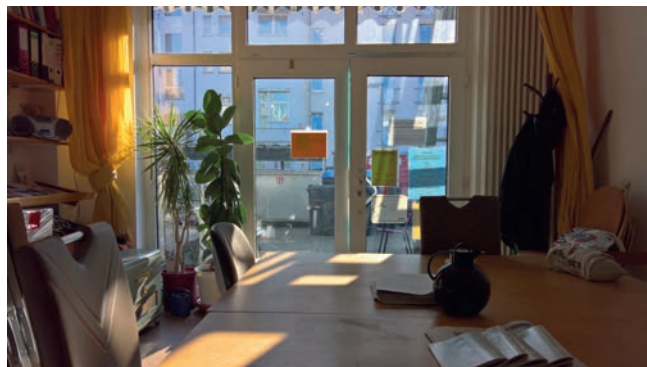


Foto: Peter Andres

## Anträge und Formulare leicht gemacht

Beamtendeutsch ist für niemanden leicht zu verstehen. Weder für Beamte, noch für Deutsche und erst recht nicht für jene Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Und wenn es dann noch um Formulare und Anträge geht, die nicht nur gefühlt aus einem Wörtersalat bestehen, sondern auch noch dringlich oder entscheidend für das weitere Vorgehen mit dem Amt sind, kann ein einfaches DIN-A4-Blatt schnell mal zum unüberwindbaren Hindernis werden.

Im MALTA wird versucht, gemeinsam einen Weg durch diesen Wortdschungel zu finden. Hier füllen die kompetenten Mitarbeiter\*innen zusammen mit den Besucher\*innen Arbeitslosengeld I- bzw. II-, Weiterbewilligungs-, Wohn- und Kindergeld- oder sonstige Anträge und Formulare aus, die beim alleinigen Durchlesen oft Kopfzerbrechen, manchmal sogar Kopfschmerzen bereiten können. Beim gemeinsamen Bearbeiten der Dokumente können so offene Fragen schnell geklärt und zusammen die Hindernisse der Bürokratie überwunden werden.

## Der Weg zu einer Wohnung wird geebnet

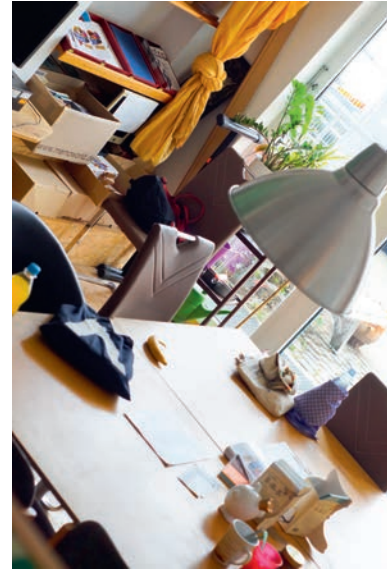
Dass die Wohnungssuche in Münster problematisch sein kann, ist nicht neu. Zwar hat das MALTA leider keine freien und bezahlbaren(!) Wohnungen im Angebot, kann aber Wohnungssuchenden beratend und unterstützend zur Seite stehen. Ob es um das Aufzeigen der Möglichkeiten bei der Wohnungssuche, Informationen über die auf Wohnungssuche spezialisierten Vereine oder um das Formulieren einer adäquaten Wohnungsbewerbung geht – die versierten MALTA-Mitarbeiter\*innen tun, was sie können, um die Besucher\*innen bei ihrer Suche nach einem neuen Zuhause so gut wie es geht zu unterstützen.

## Frauenvormittag: Zusammen ist Frau weniger allein

So schön Frauensolidarität auch ist, sie wird heute oft mit radikalem Feminismus gleichgesetzt. Die Schauspielerin und Kabarettistin Maren Kroymann bemerkte einmal dazu: „Aber heißt Frauensolidarität nicht auch, dass man sich was abgucken kann?“. Dies wird beim Frauenvormittag, der immer donnerstags in der Zeit von 10 bis 12 Uhr im MALTA stattfindet, versucht. Auch hierbei steht das typische Beratungsangebot

## Ämterbegleitung: Zusammen ist man weniger allein

**E**in Gang nach Canossa ist es zwar offiziell nicht, es fühlt sich manchmal aber trotzdem so an: Einem Termin mit dem Amt sieht man selten freudestrahlend entgegen. Erst recht nicht, wenn man auf sich allein gestellt ist. Wer sich wohler fühlt, wenn er einen solchen Termin nicht allein wahrnehmen muss, sollte sich rechtzeitig im MALTA melden. Nach § 13 Absatz 4 Satz 1 SGB X gilt nämlich: „Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand erscheinen“. Das bedeutet, jede\*r, die\*der sich beim Gedanken unwohl fühlt, alleine zum Jobcenter, Agentur für Arbeit, Rechts- und Ausländeramt etc. zu müssen, kann einen Beistand mitnehmen. Einfach im MALTA persönlich vorbeikommen, kurz anrufen oder eine E-Mail schreiben: Das MALTA wird den Wunsch realisieren und zeitnah eine



Fotos: Agnetta Becker

auf dem Programm: Bewerbungen schreiben (Anschreiben, Lebensläufe etc.), Arbeitsplatz- und Wohnungssuche, Formularhilfen usw. Nur, dass hier eine rein weibliche Belegschaft den Besucherinnen mit Rat und Tat zur Seite steht. Und auch wer nur auf einen Kaffee vorbeikommen möchte – unter Frauen schnackt es sich manchmal eben doch am besten (Leicht augenzwinkernder Einwurf von Daniel: „Bitte waaass?!? Lea, Du spinnst wohl!?! Dir ist wohl der Kaffee nicht bekommen.“).

## Musikmachen für jedermann und jedefrau

„Jeder Idiot kann eine Krise haben. Was uns zu schaffen macht, ist der Alltag“. Nicht willkommen, aber trotzdem sehr penetrant schleicht sich der Alltag manchmal in unser Leben, bietet bei seinem Einzug Raum für Routine und sorgt dafür, dass unser Leben sich anfühlen kann wie eine Zugfahrt ohne Halt. Umso schöner sind die Zeiten, in denen man dem Alltag für einen Moment entfliehen kann. Und womit geht das besser als mit Musik?

Für Hobbymusiker\*innen, Anfänger\*innen und diejenigen, die gerne einfach mal vorbeischauchen möchten: Jeden Freitag von 18 bis 20 Uhr kann man im MALTA mit einem mitgebrachten Instrument seiner Wahl gemeinsam musizieren, komponieren und auch improvisieren. Der Fantasie sind hier so gut wie keine Grenzen gesetzt. Und so wird der kleine gemütliche MALTA-Raum im Innenhof des cuba schnell mal zur Insel abseits der Alltagsorgen. „Eine Insel mit ...“.

Ämterbegleitung organisieren. Dabei wird ein\*e Mitarbeiter\*in Dich/Sie zum Amt begleiten und unterstützend zur Seite stehen! Diese\*r Mitarbeiter\*in wird ihr\*sein Bestes geben, die jeweiligen Interessen zu vertreten. Ebenso können Informationsdefizite, Fehleinschätzungen etc. ausgeräumt werden wie auch die mögliche Angst vor einem Termin abgemildert werden. Denn: Zusammen ist nicht nur Frau, sondern auch man(n) weniger allein.

**MALTA** – Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße  
 Achtermannstraße 10–12 (Hof vom cuba)  
 48143 Münster  
 Telefon: (0251) 414 05 53  
 E-Mail: malta@maltanetz.de  
 Internetseite: www.maltanetz.de





## Weitere Angebote im Angebot

Nicht im Sonderangebot, dafür immer im Angebot:

- **Computerkurs:** Hier kann man sich grundlegende Computerkenntnisse aneignen oder bisheriges Wissen nach Bedarf und eigenem Belieben auffrischen. Wie immer im MALTA: ganz ohne Zwang und mit viel Geduld.
- **MALTA-Chor:** Für jene, die Lust auf gemeinsames Singen und Einstudieren von Liedern haben, ist der MALTA-Chor genau richtig. Auch hier gilt uneingeschränkt: Jede\*r ist willkommen!
- **Spanischkurs:** Ab September 2019 bietet das MALTA zusätzlich einen Anfänger\*innen-Sprachkurs für Spanisch an, der von einer ehemaligen – und ebenfalls hoch motivierten – Mit-Praktikantin geleitet wird. Perfekt, um lang vergessenen geglaubte Spanischkenntnisse wieder hervorzukramen oder einen ersten Einstieg in die fremde Sprache zu wagen. Wer Interesse hat, kann einfach im MALTA anrufen oder vorbeikommen und sich anmelden.
- **Der Pflanzendoktor:** Gerade nach diesem unerträglich heißen Sommer stehen unsere behüteten Zimmer-, Balkon- oder Gartenpflanzen nicht unbedingt im vollen Glanz. Wer mehr darüber lernen möchte, wie man sie am besten pflegt, oder insgesamt an Tipps und Tricks rund ums Gärtnern inter-

ressiert ist, ist herzlich dazu eingeladen, unserem Pflanzendoktor einen Besuch abzustatten. Oder um es anders zu sagen: „Dumme rennen, Kluge warten, Weise gehen in den Garten!“

Apropos: Daniel, bitte wieder übernehmen. Und bitte: Fasse Dich diesmal k.u.r.z.!

## „Ah, jetzt, ja“: Eine (DIE!) Insel in Münster

„Ah, jetzt, ja“. Kurzfassen? Ich? Puh, ich probiere es. Um zum Abschluss wieder zum Anfang und zu Jim Knopf und Lukas dem Lokomotivführer zurückzukommen – an dieser Stelle bleibt nämlich nur noch eine kleine Frage offen: „Nun, wie mag die Insel heißen“, die arbeitslose Menschen so gut wie es geht unterstützt? Darauf kann es eigentlich nur eine Antwort geben: „Jede\*r sollte einmal reisen in das schöne Lummerland ... ähhh ... MALTA, Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße!“. Erfinder und Schriftsteller Michael Ende hätte es nicht besser sagen können. Apropos „Ende“: Ende.

P. S.: Wer einmal ein Praktikum im MALTA machen möchte: einfach mal auf die Anzeige unten schauen und sich melden. ■



## Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße

### PRAKTIKUMSPLATZ

**Wir vom Verein *Arbeitslose brauchen Medien e.V.* bieten Praktikumsplätze im MALTA (Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße) an für:**

- Studierende (m/w/d), die für den Studiengang Soziale Arbeit an der Fachhochschule (FH) oder Katholischen Hochschule (KatHO) in Münster ihr Vorpraktikum absolvieren müssen
- Studierende (m/w/d), die den Studiengang Erziehungswissenschaft (1-Fach-Bachelor, 2-Fach-Bachelor, Master) an der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) in Münster studieren und in der Zeit ihres Studiums ihr Pflichtpraktikum absolvieren müssen
- Allgemein Menschen (m/w/d), die sich für das Berufsfeld der Arbeitslosenberatung interessieren und einen ersten Eindruck von diesem spannenden, aber auch anspruchsvollen Berufszweig erhalten möchten

-----**AbM e.V. – Arbeitslose brauchen Medien e.V.**-----

Berliner Platz 8  
 ☎ 0251 511121  
[www.abm-ev.de](http://www.abm-ev.de)  
[www.sperre-online.de](http://www.sperre-online.de)

48143 Münster  
[sperre@muenster.de](mailto:sperre@muenster.de)  
[www.maltanetz.de](http://www.maltanetz.de)  
[www.muenster-fast-umsonst.de](http://www.muenster-fast-umsonst.de)

# Vorsicht Arbeit!

Wie die Regierung die Arbeitsaufnahme behindert

Von Norbert Attermeyer

**Die Anrechnung von Einkommen bei dem Bezug von Hartz-IV-Leistungen kann zu seltsamen Ergebnissen führen. Wer eine Arbeit annimmt, muss unter Umständen erst mal einen Kredit aufnehmen.**

**P**etra K. ist glücklich. Endlich hat sie einen Job gefunden. Einen Job, der sie und ihre beiden Kinder ernähren kann. In Zukunft wird sie so viel verdienen, dass sie nur noch zu einem geringen Teil auf Leistungen des Jobcenters angewiesen sein wird. Am 1. Oktober soll die Stelle beginnen. Das erste Geld würde sie Ende Oktober erhalten. Dies teilte sie dem Jobcenter auch so mit.

Dann kam aber etwas, mit dem sie nicht gerechnet hatte: Das Jobcenter stellte die Leistungen zum Oktober umgehend ein. Zur Begründung hieß es: Da sie ja nun im Oktober Geld von ihrem neuen Arbeitgeber erhalte, erübrigten sich die Zahlungen des Jobcenters. Weil aber das Jobcenter die Leistungen im Voraus erbringt – Ende September für den Monat Oktober – steht Petra K. Anfang Oktober ohne Geld da. Denn der Arbeitgeber zahlt ja erst am Monatsende.

Hintergrund ist hier die vom Jobcenter angewandte „Zuflusstheorie“, die besagt, dass alle Einkommen im laufenden Monat angerechnet werden. Und dies ganz unabhängig davon, wann genau die Zahlung stattfindet. Bei einem Einkommen, das erst am Ende des Monats zugeht, wird davon ausgegangen, dass es im ganzen Monat zur Verfügung stand. Aber diese Theorie macht nicht satt. Und den Vermieter Anfang des Monats auf die Lohnzahlung am Ende zu verweisen, klappt auch nicht. Also bleibt Petra K. nur übrig, beim Jobcenter ein Darlehen für den Monat Oktober zu beantragen. Mit anderen Worten: Ihre neue Arbeitsstelle beginnt sie mit Schulden.

Dass dies nicht so sein sollte, das hat auch der Gesetzgeber bei der Beratung zu der jüngsten Hartz-IV-Reform gemerkt. In einem Referentenentwurf dazu wurde vorgeschlagen, das Arbeitseinkommen in solchen Fällen erst im darauf folgenden Monat anzurechnen. Eine ziemlich gute und ziemlich einfache Lösung. Am Ende aber offenbar zu gut und zu einfach, wie sich später herausstellte. Diese geplante Veränderung wurde im späteren Gesetzgebungsverfahren ersatzlos gestrichen.

Es bleibt also alles beim Alten. Mit dem für viele Betroffene so ärgerlichen Effekt: Bei Arbeitsaufnahme erst mal Schulden machen. ■

Foto: Agneta Becker





AUS- UND FORTBILDUNGEN    BILDUNGSURLAUBE    KURSE    WORKSHOPS

**Sobi**  
Sozialpädagogisches  
Bildungswerk  
Münster

Das aktuelle  
Programm liegt  
innerhalb von  
Münster aus!

*Berufliche Bildung*  
*Gesundheit & Entspannung*  
*Tanz, Musik & Ausdruck*  
*Persönlichkeitsentwicklung  
& Spiritualität*

[www.sobi-muenster.de](http://www.sobi-muenster.de)

**HARTE  
ZEITEN  
ERFORDERN**

**GUTE  
INFORMANTEN**

**cuba**  
**Arbeitslosen-  
beratung**

Beratung nach Vereinbarung sowie  
offene Sprechstunde di 09.30-12.30 Uhr

Achtermannstr. 10-12  
48143 Münster  
Tel. 0251 / 511929  
cuba-beratung@muenster.de  
[www.cuba-arbeitslosenberatung.de](http://www.cuba-arbeitslosenberatung.de)

Mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW,  
des Europäischen Sozialfonds und der Stadt Münster

EUROPÄISCHE UNION  
Europäischer Sozialfonds

Ministerium für Arbeit,  
Integration und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen

STADT MÜNSTER

# Das Leben muss nicht immer *teuer* sein

Neue Auflage der Broschüre „fast umsonst – mit dabei! Münster-Ratgeber für ein preiswertes Leben“ erschienen

von Daniel Krull



## „Da ist das Ding!“

Nach zweijähriger Produktionszeit ist vor wenigen Tagen die neueste Auflage der Broschüre „fast umsonst – mit dabei! Münster-Ratgeber für ein preiswertes Leben“ veröffentlicht worden. Die nun erschienene 4., überarbeitete und erweiterte Auflage wird – wie auch schon die 1., 2. und 3. Auflage – vom gemeinnützigen Verein *Arbeitslose brauchen Medien e.V.* herausgegeben, der seit über 33 Jahren auch der Herausgeber der „SPERRE – Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur“ ist.

Die Broschüre richtet sich in erster Linie an Arbeitslose, Menschen mit geringem Einkommen, prekär Beschäftigte, Auszubildende, Studierende der Universitäten und Fachhochschulen, Alleinerziehende, Aufstocker\*innen, Sozialhilfeempfänger\*innen und allgemein an alle bedürftigen Menschen. In der Broschüre finden sich nach wie vor zahlreiche Ratschläge und Anregungen für ein preiswertes und preisbewusstes Leben.

Im Vergleich zu den vorherigen Auflagen wurde die aktuelle um weitere Themenfelder ergänzt, sodass die Broschüre einen Gesamtumfang von nunmehr 84 Seiten aufweist. Neben den bekannten Kategorien **Erste Hilfe, Essen & Trinken, Secondhand, Wohnen, Soziales, Amt & Beratung, Weiterbildung** etc. lassen sich in der neuesten Auflage auch viele weitere An-

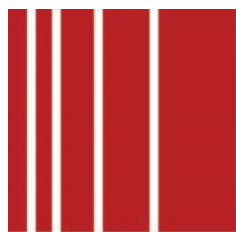
gebote und Tipps finden. Mit **Sport, Spiel & Gesundheit, über Ausstellungen & Skulpturen, Literatur & Poetry Slams** bis hin zu **Promenade, Gärten & Parks, Naturreservate, Waldgebiete** und **Theater** sind viele neue Themen hinzugekommen. Dabei gibt es Angebote von fast umsonst bis sogar ganz umsonst. Von wenigen Euro bis 0,00 Euro ist alles vertreten.

In der Heftmitte lassen sich alle Informationen sowohl zum vorläufigen als auch zum offiziellen Münster-Pass heraustrennen, um diese dann im Portemonnaie griffbereit zu haben. Ebenso finden sich dort auch alle Details zur Ehrenamtskarte. Das handliche DIN-A5-Format wurde beibehalten, sodass die kostenlose und werbefreie Broschüre überall und jederzeit mitgenommen werden kann. Sie liegt in vielen öffentlichen Einrichtungen zum kostenlosen Mitnehmen aus und ist sowohl im MALTA (Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstraße) als auch im cuba bei der cuba-Arbeitslosenberatung sowie im Sozialbüro sic, Achtermannstraße 10–12, erhältlich.

Seit dem Jahr 2014 gibt es ergänzend zu der Printversion auch ein eigenes Onlineportal, auf dem weiterführende Informationen zu finden sind. Zusätzlich wird auf der Internetseite auf diverse Veranstaltungen und Termine hingewiesen. Diese werden regelmäßig aktualisiert.

Fazit: Muss das Leben immer teuer sein? Was (fast) nichts kostet, kann nichts sein? Ohne Moos nichts los? Zum Glück nicht! ■

[www.muenster-fast-umsonst.de](http://www.muenster-fast-umsonst.de)  
oder als Kurzlink:  
[bit.ly/2LEBb9w](https://bit.ly/2LEBb9w)



**NachDenk**Seiten  
Die kritische Website

[www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de)



# Katholische Kirche

## stellt die Systemfrage

Die von Missbrauch-Skandalen durchgeschüttelte katholische Kirche hat erstaunlich klar zu einem ganz anderen Thema Stellung bezogen: Atomwaffen und Neoliberalismus

von Norbert Attermeyer

**Die katholische Hilfsorganisation Misereor kritisierte unlängst das globalisierte Wirtschaftssystem als neoliberal, unsozial und umweltschädlich. Die Folge dieses Wirtschaftens seien Hunger, Klimawandel, Artensterben und viele andere Probleme mehr.**

**D**er Hauptgeschäftsführer von Misereor, Pirmin Spiegel, fordert einen Paradigmenwechsel. Bundesregierung und EU müssten endlich mutiger handeln. Die „ungerechte Globalisierung“ müsse gestoppt werden.

Ebenfalls Stellung bezogen hat die von der katholischen Kirche eingesetzte Deutsche Kommission „Justitia et Pax“. In ihrem Dossier haben deren Mitglieder kriegsverliebten Politiker\*innen und Journalist\*innen die Leviten gelesen. Zitat: „Die bipolare Welt beginnt sich trotz der noch vorhandenen Dominanz der Supermacht USA wirtschaftlich, politisch und militärisch zu einer multipolaren Welt zu entwickeln. Regelverletzungen und Vertragsbrüche nehmen zu, multilaterale Abkommen werden durch bilaterale ‚Deals‘ ersetzt, Desinformation und Fake News verwirren Öffentlichkeit und Politik. Vertrauen als Basis friedlicher internationaler Beziehungen verliert rapide an Wert. Die Machtverhältnisse in der Welt verschieben sich dramatisch, ohne sich zu einer neuen Weltordnung zusammenzufügen, weil allgemein Normen und Regeln entweder immer häufiger nationalen Interessen geopfert werden oder ihr universeller Geltungsanspruch bestritten wird. Zu den bedenklichen Entwicklungen gehört die Tendenz, die Vereinten Nationen an den Rand der internationalen Politik zu drängen, ganz zu ignorieren oder gar ihre Bemühungen zu hintertreiben.“

In der Folge setzt sich die katholische Kirche für die weltweite Ächtung von Atomwaffen ein. Und sie kommt zu dem Schluss, dass „weder der Besitz noch der Einsatz von Atomwaffen ethisch oder politisch zu rechtfertigen ist.“

Diese Einschätzung deckt sich mit der von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons). Dieser internationale Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen

zur Abschaffung aller Atomwaffen wurde 2007 gegründet und 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Am 7. Juli desselben Jahres stimmten auf der UN-Generalversammlung 122 Staaten für den Entwurf des Atomwaffenverbotsvertrages. Bis 20. April 2019 hatten 70 Staaten den Vertrag unterzeichnet, 23 Staaten ihn für völkerrechtlich verbindlich erklärt.

Die Atom-Staaten sowie alle NATO-Länder inklusive Deutschland, aber mit Ausnahme der Niederlande, haben sich der Verhandlung entzogen. „Deutschland hat zwar den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, sich aber durch eine Zusatznote die Möglichkeit gesichert, im Rahmen einer europäischen Atomstreitmacht Nuklearwaffen zu erwerben.“ Vor diesem Hintergrund wird auch erklärlich, warum unsere Regierung so erpicht ist auf eine europäische Armee und die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich. Könnte es sein, dass Atomwaffen mehr Anziehungskraft haben, als die Verbreitung „westlicher Werte“?

In einer Studie beschreibt ICAN, wie die aktuelle Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland funktioniert: Die Nato investiert zusätzlich in Raketenabwehrsysteme, um so die Möglichkeit des Erstschlages zu erhalten. Und Russland versucht schnellere Raketen zu bauen, um so die Abwehrsysteme zu unterlaufen. Aktuell hat allerdings Russland seine jährlichen Ausgaben für das Militär auf 68 Milliarden US-Dollar gesenkt. Die NATO gibt in diesem Jahr annähernd eine Billion US-Dollar aus.

Viele Staaten – so die Autoren der Studie weiter – „sind erneut bereit, für die Modernisierung der Atomwaffen und für neue Waffensysteme Unsummen zu investieren, die anderweitig dringend benötigt wären, um die gewaltigen Herausforderungen bewältigen zu können, mit denen die Weltgesellschaft gegenwärtig und zukünftig konfrontiert wird.“ ■



Illustration: Agneta Becker

# Lebensraum als *Ware*

Wohnen: Grundrecht oder Profitquelle?

von Erik Dahmen

**Die LEG Immobilien AG fällt in jüngster Zeit eher durch negative Schlagzeilen auf: teilweise schlechter Zustand der Wohnungen, Verschleppung von Reparaturen, schlechte Erreichbarkeit und hohe, zum Teil nicht nachvollziehbare Nebenkosten. Auch in Münster beginnen Mieter\*innen jetzt, sich zu organisieren, um eine Verbesserung der Lage zu erreichen. Ein Fallbeispiel zeigt die Situation im Stadtteil Berg Fidel.**



Foto: Erik Dahmen



**Im** Stadtteilhaus Lorenz Süd treffe ich mich mit Andreas Heusmann, dem Ansprechpartner der LEG-Mieterinitiative für Berg Fidel. Seit 40 Jahren lebt der sehr freundlich und ruhig wirkende Herr mit seiner Frau hier, hat die Entwicklung des Viertels miterlebt, engagiert sich seit Langem in der Nachbarschaft. „Als wir vor vielen Jahren der WGM (Wohnungsgesellschaft Münsterland; *Anm. d. Redaktion*) zugeschoben wurden, fingen die Probleme an. Da waren wir zuerst sehr froh, da wir zunächst bestimmte Vorteile, zum Beispiel einen kompetenten Hausmeister, hatten. Aber dann haben wir eine Sanierungsmaßnahme mitmachen müssen, da haben wir zum ersten Mal gespürt, dass wir seltsam behandelt wurden. In einer Besprechung mit dem Architekten wurde nach der Größe der neuen Briefkästen gefragt. Die Antwort war: „Da passt eine gefaltete Zeit rein, aber so etwas verstehen sie hier sowieso nicht.“<sup>1</sup>

Die Wohnungen wechselten über die Jahre mehrfach die Besitzer\*innen, bis sie schließlich von der LEG gekauft wurden – zu diesem Zeitpunkt noch im Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen. „Als dann der Verkauf der LEG anstand, haben wir uns bereits Gedanken gemacht. Die Befürchtung war, dass wir einem Investor zugeschlagen werden, der sich ähnlich verhält wie der in der Schleife in Kinderhaus.“<sup>2</sup>

Das Engagement der Familie Heusmann, mit der sie sich gegen Vermietungspraktiken zur Wehr setzte, begann mit einer undurchsichtigen Rückzahlungsforderung an viele Mieter\*innen in Berg Fidel. Dabei ging es um bezahlte, aber nicht erbrachte Leistungen der LEG. Nachdem sie sich erfolgreich gegen die Rückzahlungsforderung gewehrt hatten, berichteten die Westfälischen Nachrichten (WN) – mit dem Ergebnis, dass 500 bis 600 Mieter\*innen sich ebenfalls erfolgreich zu Wort meldeten. Ebenso wurden nicht existente zusätzliche Mülltonnen von der Vermieterin in Rechnung gestellt. Die Temperatur im Warmwasserspeicher wurde erst bei einer angekündigten Prüfung auf Legionellen hochgeregelt.

### **Mangelnde Erreichbarkeit**

Ein weiteres Problem haben die Mieter\*innen mit der Erreichbarkeit. Gab es früher noch LEG-Büros auf der Geiststraße und Metzger Straße, so ist das Unternehmen heute nur noch über E-Mail oder ein Callcenter zu erreichen. Doch diese Kommunikation erweist sich oft genug als schwierig. „Früher gab es einen Hausmeister, den man ansprechen konnte; den hat man angerufen und dann kam der auch. Jetzt gibt es einen Hauswart – Hausmeister dürfen wir nicht mehr sagen – den hab’ ich noch nie gesehen. Den können wir auch selber gar nicht erreichen“, weiß Andreas Heusmann zu berichten.

„Vor einiger Zeit war unsere Initiative auf eine Versammlung eingeladen, und da haben wir gefragt, wie viele LEG-

Hauswarte es überhaupt in Münster gibt, schließlich bezahlen wir auch dafür. Man wollte damals darauf nicht antworten. Wir haben dann gefragt, ob das ein Betriebsgeheimnis ist, dann würden wir das akzeptieren – es kam keine Antwort.“

Auf meine Anfrage teilte die LEG mit, dass in den Münsteraner Quartieren täglich sechs Hauswarte präsent seien. Ferner kümmere sich ein Gemeinschaftsunternehmen der LEG und eines Unternehmens für Service- und Messtechnik sowie von diesen beauftragte Subunternehmen um Reparaturen. Außerdem dauere es bei einfachen Mängeln zwei bis fünf Tage von der Meldung bis zur Reparatur. Die Abwicklung über ein Callcenter habe laut LEG zur Verbesserung des Services beigetragen – man erspare den Kunden lange Wartezeiten in den Hauswartbüros, das Personal in dem Callcenter sei professionell geschult.

*„...so hohe Renditen kann man halt nur einfahren, wenn man bei bestimmten Dingen spart.“*

Laut vieler Mitglieder der Mieterinitiative läge das Problem bei der LEG in deren Konzept der „Wohnung als Ware“ begründet. Einige Mitglieder der Initiative waren im Mai bei der Aktionärsversammlung in Düsseldorf. Dort wurde Münster als Wachstumsmarkt angepriesen, mögliche Renditen von 30 bis 38 Prozent wurden in Aussicht gestellt. Heusmann: „Und so hohe Renditen kann man halt nur einfahren, wenn man bei bestimmten Dingen spart. Und bei uns wird am Sozialkontakt und an der Erreichbarkeit gespart.“

Andererseits wirbt die LEG aktuell damit, sich vermehrt in manchen Vierteln zu engagieren. So wird in Berg Fidel der Einwohnertreff „Alte Post“ unterstützt. Auch gibt es eine Anlaufstelle für körperlich oder psychisch erkrankte Menschen, wo diese Hilfe erhalten können. Vielleicht nur eine PR-Maßnahme, auf der anderen Seite aber vielleicht ein erster Schritt zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Mensch und Konzern.

### **Probleme, Ursachen, Lösungen**

Auf die Frage nach dem Zustand der Wohnungen antwortet Heusmann differenziert: „Wenn Sie tausend Menschen fragen, kriegen sie tausend Antworten. Ich kann das nicht sagen. Es gibt viele Probleme, und es gibt Probleme, die sehr unterschiedlich gehandhabt werden.“ Er selbst habe in seinem Haus bereits Probleme mit dem Wasserdruck und einen Wasserschaden gehabt, in beiden Fällen habe es sehr lange gedauert, bis Handwerker vorbeigekommen seien. Im Fall des Wasserschadens war ein Sachverständiger der Versicherung bei der Begutachtung des Schadens dabei. Dieser sei empört gewesen, dass er erst am Vortag über den Schaden informiert wurde, obwohl das Problem

schon lange bekannt gewesen sei. Er könne in diesem Fall aber nur über Erfahrungen im eigenen Haus sprechen.

Ferner gab es in letzter Zeit einige umstrittene Mieterhöhungen – „Mietanpassungen“ im Vermieterjargon. Auch bei dem Thema will Heusmann nicht pauschalisieren. Manche Erhöhungen seien gerechtfertigt, manche nicht, dies hänge vom Einzelfall ab.

In der Mietervereinigung habe man den Eindruck, dass zwei Mietergruppen bei der LEG besonders „beliebt“ seien: Zum einen Migrant\*innen, diese sprächen häufig die deutsche Sprache noch nicht so gut, und in vielen Ländern sei das Verhältnis zur Justiz ein anderes als in Deutschland. Dementsprechend würden Menschen mit Migrationshintergrund sich seltener gegen fragwürdige Vermieterpraktiken wehren. Die andere Gruppe seien Studenten-WGs, auch diese seien verwaltungstechnisch leicht zu managen. In Berg Fidel sei meist die erste Gruppe betroffen.

### Miteinander, nicht gegeneinander

Eines ist Andreas Heusmann noch wichtig: Er selbst sieht die LEG nicht als Feind an. Natürlich sei die LEG als Unternehmen an hoher Rendite interessiert. Aber ebenso versuche die Mieterinitiative, das Interesse der Mieter\*innen zu vertreten. Das gehe am besten miteinander, nicht gegeneinander.

Heusmann lebt auch nach 40 Jahren immer noch gerne in Berg Fidel, in direkter Nachbarschaft zu Preußenstadion und USC-Sporthalle. Natürlich gebe es immer wieder Probleme, nicht nur mit der Vermieterin, der LEG. Im Stadtteil wohnt ein überdurchschnittlich hoher Anteil sowohl an alten als auch an jungen Menschen sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Dies führe manchmal zu Konflikten zwischen Generationen und Kulturen. Auch das eigene Engagement im Viertel werde nicht von allen positiv aufgenommen.

Dennoch funktioniere das Neben- und Miteinander im Großen und Ganzen gut. Innenstadt oder Hilstrup seien schnell erreich-



Foto: Erik Dahmen

bar, während der Stadtteil selbst aufgrund fehlenden Durchgangsverkehrs recht ruhig sei. Das einst schlechte Image des Stadtteils habe sich gebessert, Berg Fidel sei schon lange kein Kriminalitätsschwerpunkt mehr.

Es bleibt zu hoffen, dass der sympathische Stadtteil in Münsters Süden auch seine momentanen Probleme in den Griff bekommt. Nun gut, vielleicht nicht alle. Langweilig soll es ja auch nicht werden. ■

<sup>1</sup> Da es in Berg Fidel einen hohen Anteil an Sozialwohnungen gibt, hatte das Viertel vor allem früher nicht den besten Ruf in Münster.

<sup>2</sup> Die Mietverhältnisse in der Kinderhauser Schleife, bis vor Kurzem im Besitz der BGP-Gruppe, sind ein in Münster wohlbekanntes Beispiel für problematische Praktiken bei Investmentgesellschaften als Vermieterinnen.

## Die LEG – erst gemeinnützig, dann privatisiert

Die LEG Immobilien AG wurde 1970 als Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH durch den Zusammenschluss mehrerer gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (Rheinische Heim GmbH (Bonn), Rote Erde GmbH (Münster), Westfälische Lippe Heimstätte GmbH (Dortmund) und die Rheinische Heimstätte GmbH (Düsseldorf)) gegründet.

Zunächst befand sich die Gesellschaft im Besitz des Landes Nord-

rhein-Westfalen (68 Prozent) und der NRW-Bank (22 Prozent). 2006 wurde von der damaligen CDU-FDP-Landesregierung der Verkauf der Anteile des Landes beschlossen. Eine Initiative gegen den Verkauf der Gesellschaft scheiterte knapp daran, die benötigten 66.000 Unterschriften dagegen zu bekommen. Der taxierte Unternehmenswert der LEG betrug 3,4 Milliarden Euro. Nach Abzug der Verbindlichkeiten der LEG in Höhe von 2,6 Milliarden Euro verblieb ein Reinerlös von 787,1 Millionen Euro.

Der Zuschlag ging 2008 an den Whitehall Real Estate Fund, welcher sich im Besitz der Investmentbank Goldman Sachs befindet. 2013 ging das Unternehmen an die Börse. Seitdem stieg der Kurs der Aktie von 39,10 Euro im Juli 2013 auf 109,70 Euro im Mai 2019. Die LEG ist mit rund 134.000 Mietwohnungen eines der führenden Immobilienunternehmen in Deutschland. Sie erzielte im Geschäftsjahr 2018 Erlöse aus Vermietung und Verpachtung von zirka 767 Millionen Euro. ■



# Hafencenter vor ungewisser Zukunft

**Im April 2018 entschied das Oberverwaltungsgericht, dass der Bebauungsplan für das Hafencenter nichtig sei. Im Februar dieses Jahres folgte dann der Baustopp durch das Oberverwaltungsgericht (OVP). Die Stadt Münster überlegt nun seit Längerem, wie sie den Bebauungsplan „heilen“ kann. Die Initiativen im Viertel, die das Bauvorhaben kritisieren, haben dagegen andere Vorschläge.**

Die SPERRE sprach darüber und über die Zukunft des Hafenviertels mit Heiko Wischniewski von der Initiative „Platanen Power“ und Rainer Bode von der „Initiative Zukunft Hafen“.

**SPERRE: Rainer Bode, die Klage gegen das Hafencenter ist auf Ihre Initiative hin eingereicht worden. Warum?**

**Rainer Bode (RB):** Der Hauptkritikpunkt ist das große Einkaufszentrum innerhalb des Hafencenters. Wir haben immer gesagt, im Viertel gibt es genug Einkaufsmöglichkeiten. Es gibt jeweils einen Rewe-Markt am Hansaring,

Nach dem Baustopp: Wie geht es weiter und was wünschen sich die örtlichen Bürgerinitiativen im Hafenviertel?

*Interview: Jan Große Nobis*

an der Warendorfer und an der Wolbecker Straße. Es gibt dort den Penny-Markt. Es gibt viele weitere kleine Geschäfte. Die Quote fürs Einkaufen ist groß genug. Nämlich über hundert Prozent, so eine Studie. Insofern ist das Hafencenter überhaupt nicht notwendig. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass große Einkaufszentren auch immer mehr Verkehr anziehen. Schon jetzt gibt es viel zu viel Verkehr auf dem Hansaring. Ein neues großes Einkaufszentrum würde zum Verkehrskollaps führen. Entgegen anderslautender Meinung der Stadt ziehen nämlich große Einkaufszentren immer zusätzlich Verkehr an. Dagegen richtet sich die Klage, die wir betreiben. →

Foto: Agneta Becker



**Im Jahr 2015** hatten die Fraktionen von CDU, FDP und SPD im Rat der Stadt Münster das Bauvorhaben beschlossen: In der Kurve des Hansaringes sollte das Hafencenter entstehen – mit E-Markt, Geschäften, Tiefgarage und Büroräumen. Die Kritik der Anwohner\*innen hatte nicht gefruchtet. Die Befürchtungen waren, dass Lärm und Verkehr auf dem Hansaring soweit ausufernten, dass ein Wohnen an der Straße unmöglich geworden wäre. Schließlich ist dort schon ohne Hafencenter viel los. Im April 2018 erklärte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster den Bebauungsplan für nichtig. Im Februar 2019 folgte der Baustopp, erneut per Gerichtsbeschluss. Nun stellt sich die Frage: Wie geht es weiter?

**Das Bauvorhaben ist vom OVG gestoppt. Was will die Stadt nun tun?**

**RB:** Die Stadt probiert natürlich, den Bebauungsplan zu „heilen“. Es gibt jetzt noch am 6. September [nach Redaktionschluss, aber vor Erscheinen dieser SPERRE-Ausgabe; Anmerkung d. Red.] eine Klage vor dem Verwaltungsgericht. Dort steht die Sachentscheidung an. Ich hoffe, dass damit die Baugenehmigung mehr oder weniger kassiert wird. Dann ist die Stadt dran, einen neuen Bebauungsplan aufzustellen. Sie muss dann ein neues Verkehrskonzept vorlegen, mit dem der alte Bebauungsplan geheilt wird. Die Stadt bastelt daran aber schon über ein Jahr. Erst hatte sie eine Heilung des Bebauungsplans für den Herbst letzten Jahres angekündigt, dann fürs Frühjahr, dann für den Sommer. Nun heißt die Prognose: Oktober bzw. November. Ich glaube kaum, dass sie einen sinnvollen geheilten Plan hinbekommt. Die Verkehrssituation ist halt so, wie sie ist, und wird durch ein Hafencenter niemals besser. Wie sie also in einer solchen Situation das Bauverfahren heilen wollen, steht in den Sternen!

**Alternativen: Quartiersgarage und bezahlbarer Wohnraum**

**Sie machen Gegenvorschläge, was soll Ihrer Meinung nach dort entstehen?**

**RB:** Erst einmal: Ehe wir Gegenvorschläge umsetzen können, muss ein grundlegendes Umdenken einkehren. Kernpunkt ist immer: Statt „kaufen, kaufen, kaufen“ muss es heißen: „wohnen, wohnen, wohnen“! Der Abschnitt, der schon bebaut ist, muss nicht abgerissen werden. Man kann zum Beispiel die Tiefgarage zu einer Quartiersgarage umnutzen. Das würde für das ganze Quartier eine Entlastung bedeuten, wenn der Hansaring nicht mehr Parkplatz, sondern Grünfläche ist. Dann sind da im Rohbau kleinere Geschäftsräume fertig. Auf der Fläche, wo der eigentliche E-Markt erbaut werden sollte, dort sollten neue Wohnungen entstehen. Mit der Vorgabe: Ein Teil muss als sozialer Wohnungsbau ausgewiesen werden.

**Aber was sind für Sie die Knackpunkte?**

**Heiko Wischnewski (HW):** Was wir im Viertel auf jeden Fall brauchen, ist bezahlbarer Wohnraum. Daran mangelt es dort überall. Was wir auch brauchen, sind weitere Grünflächen. Die haben wir jetzt gerade mal auf dem Hansaplatz

und dem Bremer Platz. Was wir nicht brauchen, ist mehr Verkehr. Das Verkehrsproblem muss also gelöst werden. Deswegen ist ja auch das Bauvorhaben gestoppt worden. Es müssen aber auch die Ideen des Hafenforums und die damaligen Eingaben der Anwohner\*innen gegen das Hafencenter berücksichtigt werden. Es war eine neue Markthalle im Gespräch, ein soziales Zentrum und noch viele andere sinnvolle Ideen. Was uns halt wichtig ist, ist, dass die Nachbarschaft, die sehr gut funktioniert, nicht gesprengt wird. Die Bürgerinnen und Bürger müssen gefragt werden, wie es weiter gehen soll. Es müssen dann natürlich auch Kompromisse geschlossen werden – klar. Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger darf aber keine Alibiveranstaltung werden!

**Das Zünglein an der Waage: die SPD**

**Nun, eigentlich liegt es an der SPD. Je nachdem, was die im Rat will, könnte es irgendwann weitergehen wie bisher oder in Richtung Ihrer Vorschläge gehen. Die SPD-Fraktion ist das Zünglein an der Waage im Stadtrat. Was erwarten Sie von den Sozialdemokraten?**

Foto: Jan Große Nobis



*Am 01. August 2019 fand eine Tanz-Demo gegen die Gentrifizierung des Hansaviertels statt. Sie stand unter dem Motto „Dirty dancing - Das Viertel bleibt schmutzig“. Auch das Hafencenter war Thema.*

**HW:** Wir erwarten, dass die SPD Münster ihren eigenen Ortsverein Hansa-Hafen ernstnimmt, der sich ja schon immer gegen das Hafencenter ausgesprochen hat. Wir erwarten, dass sie eine ganz neue Herangehensweise befürwortet. Bisher ist das Verfahren undemokratisch abgelaufen. Das war zwar alles legal, das will ich nicht bezweifeln. Auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger wurde aber nicht gehört. Ich denke, die SPD sollte sich dafür einsetzen – für die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner.

**RB:** Die SPD hat nicht auf die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gehört, weil sie eine andere Präferenz hatte: Wir stehen im Wort als SPD für das Einkaufszentrum, hieß es. Wir haben 2015 einen Kompromiss – das Konzept wurde ein wenig abgespeckt – gemacht, hieß es. Aber zunächst warten sie ab nach dem Motto: Man muss erst die neue Vorlage zum Bebauungsplan sehen. Dann will die SPD entscheiden. Das verzögert natürlich nur alles. Wir wollen nicht, dass da ewig eine Baustelle ist, das war nie unsere Intention.



Auch Michael Jung von der SPD hat gesagt, dass man das ganze Hafengelände sehen muss: die alten Osmo-Hallen, wo Deilmann-Kresing bauen ebenso, wie das Areal zum Hafencenter. Man muss gemeinschaftlich darüber reden. Das muss man versuchen anzugehen.

### „Für die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels ist es aber keine Aufwertung, sondern eine Auflösung des jetzigen Viertels“

#### Auch das Hafenviertel ist inzwischen von der Gentrifizierung betroffen. Was erwarten Sie von der Stadt?

**RB:** Wir müssen uns ernsthaft über das Problem unterhalten, dass aus dem Viertel immer mehr Leute wegziehen. Was muss man alles tun – sei es planungsrechtlich oder durch Gespräche mit Eigentümern und Eigentümerinnen –, damit das kleinräumliche Flair des Viertels erhalten bleibt. Wir wollen weiterhin einen offenen Stadtteil – Herz-Jesu, Hansa und Hafen, durchlässig gestaltet. Mit kleinen Einkaufsmöglichkeiten und mit niedrigen Mieten. Man wird die Gentrifizierung nicht gänzlich aufhalten. Aber sie muss sozial abgefedert organisiert werden. Es gibt ja genossenschaftliches Wohnen, es gibt andere Investor\*innen, die nicht nur aufs Geld schauen. Die Kreuzberger\*innen in Berlin machen das jetzt ja vor: Die kaufen immer mehr zurück und wandeln es in städtisches Eigentum um. Auch wir müssen sehen, dass die Grundstücke nicht weiter privat verkauft werden – da wo es geht!

**HW:** Ich finde es auch wichtig, dass die Stadt wieder Grundbesitz für sich ankauft, um den Gentrifizierungsprozess zu verlangsamen. Was aus meiner Sicht auch helfen würde, wäre eine Milieuschutzsatzung. Ich weiß von einigen Leuten, die schon wegen des Verkaufs der Häuser, in denen sie wohnten, ausziehen mussten oder wegen der Lärmbelastung am Hansaring wegzogen. Unser Viertel wird also schon ein bisschen auseinandergerissen. Und ich erwarte schon, dass sich die Stadt darum kümmert, dass es nicht so weitergeht. Klar ist das schwierig. Die Besitzverhältnisse sind so, wie sie sind. Man kann das aber natürlich ändern. Ich rede jetzt nicht von Enteignungen. Ich rede davon, dass die Stadt zum Verkauf stehende Häuser ankauft. Mietendeckel und bzw. oder Milieuschutzsatzung sind da auch Möglichkeiten.

#### Wie sieht die Zukunft des Viertels aus?

Das hängt auch stark davon ab, was man im Gebiet Neu-hafen an Neuem baut. Wenn der Stadtbaurat Robin Denstorff von Aufwertung des Viertels spricht, ist das aus städtebaulicher Sicht vielleicht sinnvoll. Für die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels ist es aber keine Aufwertung, sondern eine Auflösung des jetzigen Viertels. Das betrifft halt jede\*n, der\*die da wohnt. Und die Leute wohnen da – noch – gerne. Das Viertel funktioniert halt – noch. Und es wird gerade auseinandergerissen. Die Stadt muss also mit jeder Möglichkeit dagegenhalten. Aber im Moment sieht es danach nicht aus.

**Ich danke Ihnen für das Gespräch.** ■

## Ombudsstelle

Unabhängige Beschwerdestelle für Kundinnen und Kunden des Jobcenters

### Probleme mit dem Jobcenter?

Lassen Sie sich beraten, wie Sie darauf reagieren können!

- Die Ombudsstelle berät kostenlos und vertraulich.
- Die Ombudsleute arbeiten ehrenamtlich und unparteiisch.
- Sie klären mit Ihnen die Situation, beraten Sie, welche rechtlichen Mittel Ihnen offen stehen oder wo Sie in Münster weitergehende Beratung bekommen.
- Sie versuchen in Konfliktfällen, gemeinsam mit den zuständigen Mitarbeiter/-innen des Jobcenters und Ihnen die Situation zu klären und eine Lösung zu finden.

#### Sprechstunde:

Donnerstag: 16:00 Uhr – 18:00 Uhr  
Jeden 1. und 3. Freitag  
im Monat 10:00 Uhr – 12:00 Uhr

#### Bitte vereinbaren Sie einen Termin.

Tel: 0251 492 7069  
E-Mail: ombudsstelle@stadt-muenster.de  
Oder kommen Sie persönlich vorbei.

#### Bürozeiten zur Terminvereinbarung:

Montag: 14:00 Uhr – 16:00 Uhr  
Mittwoch: 08:00 Uhr – 12:00 Uhr  
Donnerstag: 14:00 Uhr – 18:00 Uhr  
Freitag: 08:00 Uhr – 12:00 Uhr

#### Kontaktdaten:

Ombudsstelle Münster  
Stadthaus 1  
Klemensstraße 10  
Zimmer 136



Foto: Presseamt Stadt Münster

# Die unangemessene Angemessenheit

Was dabei passiert, wenn Worte in die Mühlen der Bürokratie geraten

Von William Kafsel

**Damit Hartz-IV-Empfänger\*innen, die sich gerade auf Wohnungssuche befinden, mit der Unterstützung des Jobcenters rechnen können, müssen sie sich streng an eine sogenannte Angemessenheitsregelung halten.**

**D**ie amtliche „Angemessenheit“ einer Mietwohnung hängt von der Art des Heizens, der Größe der Wohnung und dem Mietpreis pro Quadratmeter ab. Dazu kommt noch die Anzahl der in dem Haushalt lebenden Personen. Ausgehend von diesen Daten prüft und entscheidet das Jobcenter, welche Gesamtsumme für den jeweiligen Haushalt als „angemessen“ gilt und welche Miethöhe die Behörde monatlich übernimmt. In Münster liegt der Beitrag etwa für einen Ein-Person-Haushalt bei 465,50 Euro (Stand 1. September 2017). Doch ist diese amtlich festgelegte „Angemessenheit“ für die Betroffenen wirklich angemessen und fair?

Kurz gesagt: eher nicht. Im wirklich angemessenen Rahmen befinden sich nur die wenigsten Wohnungen.

## Mehr Schein als Sein für ALG-II-Bezieher\*innen

Vor einem Jahr machte Redaktionsmitglied Daniel Krull ein Selbstexperiment für die Sommerausgabe der SPERRE. Er schlüpfte in die Rolle eines fiktiven ALG-II-Empfängers, um zu überprüfen, wie schwer es unter realen Bedingungen ist, eine Wohnung zu finden. Er checkte die Internetseite Immobilienscout24 und kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass von 181 vorgeschlagenen Wohnungen nur neun wirklich angemessen waren. Diese Zahl fiel dann aber direkt auf fünf, da die Vermieter\*innen schließlich ein Wort mitzureden haben, und wenn diese nur Studierende oder Vollzeitarbeitnehmer \*innen als Mieter\*innen haben wollen, hat der typische Hartz-IV-Empfänger schnell das Nachsehen.

Fünf Wohnungen, das klingt im ersten Moment nach nicht



**Vermieter aufgepasst!!**

## Dach überm Kopf

Verein zur Vermittlung und Beschaffung von Wohnraum für sozial schwache Gruppen

- Sie haben Wohnraum, den Sie vermieten möchten?
- Sie haben Interesse an gesicherter Miete?
- Sie möchten einen Ansprechpartner bei eventuellen Problemen?
- Sie möchten einen sozialen Beitrag leisten?

Dann sind Sie bei uns genau richtig!

c/o Chance e.V. | Friedrich-Ebert.Str. 7 | 48153 Münster | Tel: 0251 6208847 | E-Mail: dachuebermkopf.muenster@gmail.com





Foto: Agneta Becker

viel – und so ist es auch. Doch vielleicht hat sich die Situation ja innerhalb eines Jahres geändert?

Naja. Ein wenig. Mit der Wiederholung von Daniels Versuch kam ich auf 135 vorgeschlagene Wohnungen – schon mal ein ganzes Stück weniger als vor einem Jahr. Davon angemessen waren neun. Im Verhältnis zu den vorgeschlagenen Wohnungen ist das zwar eine Steigerung, doch nur auf den ersten Blick.

Sechs Wohnungen fallen nämlich heraus, da diese nur an Studierende vermietet werden. Eine weitere, da diese nur an Senior\*innen vergeben wird. Und schon werden aus neun Wohnungen zwei. Von insgesamt 135 gibt es also ganze zwei Wohnungen, auf die ich mich bewerben kann. Mit den zugehörigen Vorurteilen, die manch ein Vermieter gegenüber dem Jobcenter hegt, plus dem momentanen Ansturm von Bewerber\*innen ist es fast unmöglich, unter diesen Bedingungen eine Wohnung zu finden.

Somit stellt sich die Frage: Wie schaffen es ALG-II-Bezieher überhaupt noch, sich Wohnraum zu sichern? Nun, entweder sie haben die nötige Geduld und suchen solange, bis sie einen

Glückstreffer erzielen, oder sie zahlen selbst einen Eigenanteil auf die Miete drauf, um sie sich leisten zu können. Das trifft zum Beispiel auf ein Drittel aller in Berlin gezahlten Hartz-IV-Mieten zu. Etwa 85.000 Hartz-IV-Haushalte zahlen dort ein Teil ihrer Miete aus ihrer eigenen Grundsicherung. Im Durchschnitt zahlt ein Haushalt 135 Euro dazu – das ist viel Geld für Menschen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Zur selben Möglichkeit greifen Hartz-IV-Bezieher\*innen, wenn deren Miete steigt. Denn überschreitet die Miete im Nachhinein die Angemessenheitsgrenze, so muss der\*die Mieter\*in sich innerhalb der nächsten sechs Monate eine neue, billigere Wohnung suchen oder den fehlenden Mietanteil selber zahlen.

### Fazit

Die Kategorie „Angemessenheit“ des Jobcenters ist den bestehenden Wohnverhältnissen unangemessen. Die Wohnsituation wird für Geringverdiener\*innen und Hartz-IV-Bezieher\*innen zunehmend schwieriger. Die Mieten steigen, Neubauten kommen meist für Wohnungssuchende mit größerem Geldbeutel in Frage, und die Anzahl der Wohnungssuchenden wird immer größer. Leistungsanpassungen des Jobcenters hinken den teureren Mieten meist hinterher, so dass ein permanentes Ungleichgewicht zwischen der „Angemessenheit“ des Amtes und der wirklichen Angemessenheit herrscht. In dieser angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt stehen meist die Hartz-IV-Bezieher\*innen, denen es wohl gut täte, sich keinen Kopf mehr um die Konsequenzen der bürokratischen „Angemessenheit“ machen zu müssen. ■

**fast umsonst - mit dabei!**

... fast umsonst - mit dabei! richtet sich an Menschen, die aufgrund von Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und geringem Einkommen Unterstützung suchen. Ob es sich um ein Dach über dem Kopf, günstige Kleidung, preiswerte Möbel oder eine erschwingliche Mahlzeit handelt, hier findet man Tipps zum Überleben in Münster. Informationen und Adressen sind auch in Sachen Ämter, Beratung, Weiterbildung und Hilfe zur Selbsthilfe aufgeführt. Armut in Münster muss nicht ins gesellschaftliche Abseits führen. [www.münster-fast-umsonst.de](http://www.münster-fast-umsonst.de)



# Quo vadis, Wohnungspolitik?

Ein Gespräch über die prekäre Wohnsituation in Münster,  
„SoBoMü“ und die wohnungspolitischen Vorstellungen der Grünen

Interview: Arnold Voskamp und Jan Große Nobis

Foto: Agneta Becker



Die prekäre Wohnsituation in Münster ist in aller Munde. Die Grünen sind in Münster an der Regierung – zusammen mit der CDU. 2014 wurde von der Koalition das Konzept der Sozialgerechten Bodennutzung Münster („SoBoMü“) beschlossen. Damit sollen neue Bebauungspläne nur noch genehmigt werden, wenn im innerstädtischen Bereich 30 Prozent und im Außenbereich 50 Prozent der neu zu bauenden Wohnungen sozialer Wohnungsbau sind.

**W**ir fragen den Ratsherrn und Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtplanung und Wohnen, Jörn Möltgen (Bündnis 90/Die Grünen), was aus dem Konzept SoBoMü geworden ist und wie die aktuelle Wohnungsbaupolitik der Grünen aussieht.

**SPERRE:** Im Frühjahr 2014 haben die Grünen im Rat der Stadt Münster mit der CDU-Fraktion das Konzept SoBoMü verabschiedet. Was bedeutet das für die Bauland- und Wohnraumpolitik in Münster?



**Jörn Möltgen:** Der Name sagt es schon. Wir wollen damit sozialpolitische Ziele verfolgen. Zum einen wissen wir, dass wir immer weniger sozial-geförderte Wohnungen auf dem Markt haben, weil die Sozialbindung wegfällt. Zum anderen: In den vergangenen Jahren – bevor wir SoBoMü eingeführt haben – wurden auch zu wenig neue sozial-geförderte Wohnungen gebaut. Das ist ein Defizit aus der Vergangenheit. Deshalb haben wir hier großen Nachholbedarf. Wir müssen eigentlich im Jahr 2000 neue Wohnungen bauen, um der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung etwas entgegenzusetzen. Mit SoBoMü haben wir ein Instrument geschaffen, mit dem wir hohe Quoten für neuen geförderten Wohnraum festlegen können.

Das heißt, wenn wir im Außenbereich Baurecht schaffen<sup>1</sup>, versuchen wir 50 Prozent des Baulandes in städtische Hand zu bekommen [kommunaler Zwischenerwerb<sup>2</sup>; Anm. d. Red.]. In dem Augenblick, in dem die Stadt dann 50 Prozent des potentiellen Baulands erworben hat, gehen wir eine Selbstverpflichtung ein, dass wir auf der städtischen Hälfte mindestens 60 Prozent der Mehrfamilienhäuser als sozial-geförderten Wohnraum realisieren und bei möglichen Einfamilienhäusern 100 Prozent nach sozialpolitischen Richtlinien der Stadt vergeben. Diese Selbstverpflichtung konnten wir bisher auch immer einhalten. Wenn wir diese 50 Prozent nicht erreichen können, dann verfolgen wir in der Regel auch keine Ausweisung als Bauland.

#### **Das in der Altstadt umzusetzen dürfte deutlich schwerer werden, oder?**

Im städtischen Innenbereich ist das ein bisschen anders. Dort versuchen wir uns auch zu beteiligen. Da wollen wir dann 30 Prozent geförderten und weitere 30 Prozent förderfähigen<sup>3</sup> Wohnraum schaffen. Wenn wir hier als Stadt mit ins Boot kommen, was im Vergleich zum Außenbereich sehr viel seltener der Fall ist, würden wir hier auch 60 Prozent geförderten Wohnraum schaffen.

**„Ich persönlich glaube, mehr kann man fordern, aber mehr kann man im Augenblick gar nicht schaffen“**

**In einem Zwischenbericht hat die Stadtverwaltung zwar auf die positiven Wirkungen und breite Akzeptanz von SoBoMü hingewiesen. Aber die 2015 beschlossenen 2000 neuen Wohnungen im Jahr werden noch nicht erreicht. Für den sozialen Wohnungsbau muss auch noch mehr getan werden. Scheinbar wirken die beschlossenen Maßnahmen noch nicht?**

Wir hatten bisher immer 25 Millionen Euro Fördermittel vom Land für den sozialen Wohnungsbau. Wir haben

*Ratsherr und Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung und Wohnen, Jörn Möltgen (Bündnis 90/Die Grünen)*

jetzt schon für dieses Jahr eine Zusage über 35 Millionen und haben letztes Jahr sogar 41 Millionen bekommen. 2017 wurde 310 Sozialwohnungen bewilligt und letztes Jahr wurden schon 385 beantragt. Ich würde sagen, damit sind wir auf gutem Weg. Die 300er-Grenze, mindestens 300 Sozialwohnungen pro Jahr zu schaffen, die der Stadtrat sich gesetzt hat, überschreiten wir jedenfalls. Trotzdem wissen wir, dass die 300er-Grenze unterstes Limit ist. Da immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen, wollen wir so viele neue Wohnungen mit Sozialbindung wie möglich bauen lassen. Mit SoBoMü haben wir das Instrument. Ich persönlich glaube, mehr kann man fordern, aber mehr kann man im Augenblick gar nicht schaffen.

#### **Und was ist mit den 2000 neuen Wohnungen insgesamt?**

Die haben wir bislang noch nicht erreicht. Aber, auch da sind wir auf einem guten Weg. Stichwort Kasernenflächen: Da schaffen wir Wohnungen für über 10.000 Menschen. Und das in einem relativ kurzen Zeitraum<sup>4</sup>. Das ist ein gigantischer logistischer Aufwand. Und gleichzeitig sind wir dabei, Flächen zu arrondieren – Stichwort Steinfurter Straße/Wasserweg. Wir überlegen, dort neue großflächige Siedlungserweiterungen zu schaffen.

### **SoBoMü macht Schule**

**Insgesamt fehlen in Münster 33.292 Wohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen, so die Hans-Böckler-Stiftung. Danach reichen die jährlich 300 neuen Sozialwohnungen nicht, damit der Wohnungsmarkt entspannt wird. Setzt die Stadtregierung auf das falsche Pferd „Privatinvestor“? Muss vielleicht der stadteigene Wohnungsbau forciert werden? Muss genossenschaftliches Wohnen gefördert werden?**

Ja, muss es. Aber das machen wir auch. Beispiel Kon-



version der Kasernenflächen. Dort baut die Wohn+Stadtbau, unsere eigene städtische Wohnungsgesellschaft, 900 neue Wohnungen – davon 550 mit Sozialbindung. Und gleichzeitig versuchen wir alles zu unternehmen – über baurechtliche Regelungen bis hin zum Bebauungsplan –, um auch genossenschaftliches Wohnen zu ermöglichen. Es gibt da verschiedene Interessenten für die Kasernenflächen, die auch zum Teil ganz tolle Konzepte haben. Diese Konzepte erfordern aber auch im baurechtlichen Maßstab – Stichwort Stellplätze – Abweichungen von den bisherigen Standards. Daran arbeiten wir. Wir sind gerade dabei, eine neue Stellplatzordnung zu schaffen. Wir wollen weniger Stellplätze pro Wohneinheit vorschreiben, da diese Konzepte einen nicht so großen Pkw-Bedarf haben. Weniger Stellplätze pro Wohneinheit würde den genossenschaftlichen Konzepten entgegenkommen, denn die wollen gar nicht so viele Stellplätze bauen – weil sie diese für die eigenen Wohnkonzepte nicht benötigen. Gleichzeitig haben wir auch eine Beratungsstelle bei der Stadt. Die wurde genau dafür geschaffen, Genossenschaften zu beraten. Wir wollen, dass sich mehr Genossenschaften bewerben, um verschiedene Wohnkonzepte – gemeinschaftliches Wohnen etc. pp. – zu etablieren. Planungsseitig begleiten wir es so, dass entsprechend viele Flächen – zum Beispiel auch auf den Konversionsflächen – für solche Wohnkonzepte vorgesehen werden. Da haben wir uns in der Koalition entsprechend geeinigt. Das wird übrigens auch von SoBoMü unterstützt. Es bekommt nicht der Investor, der am meisten bietet, das Grundstück, sondern derjenige, der die günstigsten Mietpreise anbietet. In entsprechenden Rahmenverträgen halten wir das dann auch fest.

**Die Genossenschaften können dann also das Areal auch verbilligt erwerben – als Belohnung für das Konzept?**

Ja, wir müssen Vergabeverfahren durchführen, die genau das ermöglichen. Daran arbeiten wir. Wir entwickeln entsprechende Kriterienkataloge. Auch für die jetzt zu bebauenden Konversionsflächen. Wir haben ja extra die städtische



Foto: Agneta Becker

Tochterfirma KonVOY gegründet, die die Flächen vermarkten soll. Dieser Firma haben wir ins Stammbuch geschrieben, die Vergabe nach sozialen und auch verkehrlichen Belangen zu regeln. Das kommt auch gemeinschaftlichen und damit innovativen oder genossenschaftlichen Wohnformen entgegen. Wir bekommen im Übrigen Anfragen aus der ganzen Republik, weil SoBoMü Schule macht. Kommunen sagen, da seid ihr einen echt guten Weg gegangen, das wollen wir auch machen. Das hilft hier nicht dem einzelnen Wohnungssuchenden, das zeigt uns als Politik aber, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Davon bin ich überzeugt.

**Wie sieht es mit der Anwendung des Erbbau-rechts aus? Damit hätte die Stadt langfristig Zugriff auf die Entwicklung der Quartiere?**

Auch das diskutieren wir in der Koalition. Das war bisher selten im Politik-Repertoire der Stadt. Aber wir haben im Rahmen unseres Ratsbündnisses mit der CDU versucht, verstärkt darauf zu setzen. Zum Beispiel: Wenn die Stadtwerke Grundstücke verkaufen, wollen wir, dass die Grundstücke nicht mehr einfach verkauft werden, sondern in Erbbaurecht vergeben werden.

**Und die CDU macht mit?**

Da sind wir in der Diskussion. Wir sind aber auf einem konsensualen Weg.





## „Damit wäre jetzt auch eine Milieuschutzsatzung ein zahnloser Tiger“

**Es gibt weitere Instrumente zur Regulierung des Wohnungsmarktes. Was halten die Grünen von einer Milieuschutzsatzung? Ihr Ratsherr und fachpolitischer Sprecher der Fraktion, Gerhard Joksch, hatte die Ablehnung durch die Grünen im Rat 2017 noch mit Zweifeln an der Wirksamkeit begründet.**

Unter der schwarz-gelben Landesregierung droht die Umwandlungsverordnung der damaligen rot-grünen Landesregierung wieder abgeschafft zu werden. Damit wäre jetzt auch eine Milieuschutzsatzung ein zahnloser Tiger. Von daher ist die Wirksamkeit nun wirklich in Frage zu stellen. Ich habe mir mal das Umwandlungskataster angeschaut. Die Abgeschlossenheitserklärungen<sup>5</sup> sind dort der Indikator. Die sind der erste Schritt zur Umwandlung zum Beispiel in eine Luxuswohnung. Die Zahlen – zum Beispiel im Hafenviertel – sind echt ganz schön niedrig. Die Zahlen, über die wir da reden, decken sich nicht mit dem gefühlten Eindruck. Wir können also im Hafen nicht von einer echten Gentrifizierung sprechen. Zumindest nach Papierlage der letzten Jahre.

**Findet vielleicht auf anderem Wege die Gentrifizierung statt? Vielleicht einfach dadurch, dass die Bestandsmieten stetig steigen, welche Instrumente gibt es dagegen?**

Dafür hatte die damalige rot-grüne Landesregierung die Kappungsgrenzenverordnung verabschiedet. Da durften die Mieten bei bestehenden Mietverträgen nur bis zu 15 Prozent innerhalb von drei Jahren steigen. Wir hatten damals auch die Mietpreisbremse bei Neuvermietungen. Da durften die Neumieten nur zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Da hatten wir schon viele Bremsen eingezogen. Aber vieles von dem wird von der aktuellen Landesregierung wieder abgeschafft.

**Sehen Sie da kommunalpolitischen Handlungsspielraum?**

Leider nein.

## „Wir waren von Anfang an gegen das Hafencenter“

**Die Arbeiten am Hafencenter ruhen wegen eines gerichtlich verfügt Baustopps. Die Grünen waren von Anfang an gegen das Projekt. Wie wird es mit dem Hafencenter weitergehen? Was wünschen sich die Grünen für dieses Areal?**

Zu Recht waren wir von Anfang an dagegen. Und nun haben wir einen Baustopp. Der ist grundsätzlich nicht wünschenswert. Wir wollen auch nicht langfristig dort eine Bauruine stehen haben. Davon hat niemand etwas. Daher suchen wir nach einer Lösung, wie es weiter gehen kann. Wir glauben nicht, dass der Bebauungsplan – wie angestrebt – geheilt werden kann. Es wird so oder so ein neues Bebauungsplanverfahren geben. Es wäre bedauerlich, wenn an dieser Frage das Ratsbündnis zerbrechen würde. Das Gute ist daher, dass es sich hier aus

koalitionärer Sicht um einen „Altfall“ handelt. Beide Fraktionen können eigenständig agieren, wir sind aber an einer konsensualen Lösung interessiert, wenn die Rahmenbedingungen dies zulassen.

**Aber mal konkret: Wohin soll die Reise mit dem Hafencenter künftig gehen?**

Das Beste wäre eine Reduktion der Einzelhandelsflächen auf dem Areal des Hafencenters. Ebenso sollte mehr Wohnraum – auch sozialer – als bisher dort geschaffen werden, eine Kita und Räume für Initiativen sind auch denkbar und eine Reduktion der oberirdischen Stellplätze ist dort anzustreben. Die Quartiersgarage soll beibehalten werden, um das Quartier etwas lebenswerter zu machen. Im Hansaviertel ist schließlich ein enormer Parkdruck. Damit die Bürgersteige nicht weiterhin zugeparkt werden, müssen diese Autos in die Quartiersgarage umgeleitet werden. Wir können uns auch einen platzartigen Charakter der Freiflächen des Hafencenters vorstellen, wenn die oberirdischen Parkplätze dort wegfallen. Ich glaube, damit wären viele der Forderungen der Quartiersinitiativen aufgegriffen. Es wird niemals eins zu eins umgesetzt werden können, es gibt ja auch noch einen alten Bebauungsplan, der vor dem neuen galt.

**Und weniger Einzelhandelsfläche heißt: kein E-Center?**

Wir Grünen wollen kein E-Center! Aber wir wollen eine Lösung finden, wie mit dieser verfahrenen Situation umzugehen ist. Wir wollen auf jeden Fall weniger Einzelhandelsfläche, die ja immer mehr Verkehr nach sich zieht. Und wir wollen eben weniger Verkehr.

**Herr Möltgen, wir danken Ihnen für das Gespräch.** ■



Foto: Jan Große Nobis

<sup>1</sup> „Baurecht schaffen“ bedeutet, dass die Stadt neue Flächen als für den Wohnungsbau geeignet ausschreibt und dann einen Bebauungsplan erstellt, der den Bau von neuen Wohnungen erlaubt.

<sup>2</sup> „Kommunaler Zwischenerwerb“ bedeutet, dass die Stadt (Teil-)Flächen kauft, für die der Bebauungsplan geändert werden soll. Damit hat die Stadt mehr Freiheiten in der Gestaltung der baurechtlichen Vorgaben und kann dadurch Vorgaben für den sozialen Wohnungsbau etc. machen. Danach werden die Flächen wieder an eine\*n privatrechtlichen Investor\*in weiter veräußert.

<sup>3</sup> Im Unterscheid zu gefördertem Sozialwohnungsbau gibt es auch förderungsfähigen Wohnungsbau: Dieser ist förderungsfähig, wenn Standards wie Barrierefreiheit oder geeignet für kinderreiche Familien erfüllt werden. Dafür kann dann besondere Förderung beantragt werden.

<sup>4</sup> Eine Fertigstellung im Sommer 2023 ist dort das Ziel, ansonsten würden auch die beim Kaufpreis gewährten Ermäßigungen der BImA für das Errichten von Sozialwohnungen wegfallen.

<sup>5</sup> Eine Abgeschlossenheitserklärung erklärt eine hinreichende Trennung zwischen den einzelnen Wohnungen eines Mietshauses. Damit können danach die Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden oder eine einzelne Wohnung als Eigenbedarf deklariert werden.



Alles umsonst,  
aber nicht vergebens

# Kultur in Münster

**Eintritt frei**

## Kulturtermine Herbst 2019

### Musik

- **Blackbox**, Achtermannstraße 12, 49143 Münster  
**Afrosession – Refugees Welcome im Cuba Nova**; am 10.10., 14.11. und 12.12., jeweils um 20 Uhr  
**IMPRO-Treff** Treff für Improvisationsmusiker, Infos unter Tel. (0151) 20 01 70 02; am 03.10., 07.11. und 05.12., jeweils um 20 Uhr  
**Offene Hörspielwerkstatt** 06.10., 14 Uhr
- **Hot Jazz Club**, Hafengeweg 26B, 48155 Münster  
18.09., 21 Uhr **Das Jazzgebläse**, Big Band Jazz  
22.09., 15 Uhr **After Church Club**: BlueSwing – Jazz, Swing & Blues  
23.09., 21 Uhr **Monday Night Session**: Snakatak - Funk & Fusion  
24.09., 20 Uhr **Jazzkitchen**: WSfM Big Band feat. Timo Dresenkamp & Rolf Schorfheide  
29.09., 15.00 **After Church Club**: Matt Walsh Blues & Boogie Trio – Jazz, Blues & Boogie

### Veranstaltungskalender

#### Herbst 2019 der Stadt Münster

- **September:**  
20.09. **Skatersnight**, Schlossplatz  
21.09. **Flohmarkt**, Promenade  
26.09. **Münster Vocal Festival**, internationale Nacht der Chöre, Innenstadt  
28.09. **Interkulturelles Fest des Integrationsrates der Stadt Münster**, Vorplatz Stadthaus 1 und Rathausinnenhof  
28.-29.09. **GrAnge-Fest**, Yorkkaserne, Gremmendorf  
29.09. **Handorfer Herbst**, Handorf
- **Oktober:**  
03.10. **Sparkassen Münsterland-Giro**, Radrennen, Innenstadt und Kreise  
12.10. **Historienspiel zum Westfälischen Frieden**, Rathausinnenhof  
26.10.-03.11. **Herbstsend**, Schloßplatz
- **November:**  
25.11. **Weihnachtsmärkte Innenstadt**

- 30.09., 21.00 **Monday Night Session**: Stefan Schneider & Friends – Groove & Modern Jazz  
06.10., 15 Uhr **After Church Club**: Smokey Music mit Ronald Lechtenberg – Jazz, Blues, Pop  
07.10., 21 Uhr **Monday Night Session**: Phil Wood Trio – Groove Music  
13.10., 15 Uhr **After Church Club**: Jazz Café mit Manfred Wex – Jazz  
14.10., 21 Uhr **Monday Night Session**: Electro Jazz / Lounge mit Alien Drum and Sax Foundation – Electro Jazz, Ambient, Trip Hop & Lounge  
20.10., 15 Uhr **After Church Club**: Duo M – Jazz  
21.10., 21 Uhr **Monday Night Session**: Manfred Wex & Band – Jazz  
27.10., 15 Uhr **After Church Club**: Aaron Schrade & Friends – Jazz  
28.10., 21 Uhr **Monday Night Session**: Phil Seeboth & Friends – Blues & Rock  
01.11., 15 Uhr **After Church Club**: Gereon Homann – Jazz  
04.11., 21 Uhr **Monday Night Session**: Phil Wood Trio – Groove Music  
10.11., 15 Uhr **After Church Club**: JAB – Jazz & Blues  
11.11., 21 Uhr **Monday Night Session**: Baronski & Friends – Hip Hop, Funk & Jazz  
17.11., 15 Uhr **After Church Club**: Thinwood & Friends – Jazz & Blues  
18.11., 21 Uhr **Monday Night Session**: Manfred Wex & Band – Jazz  
24.11., 15 Uhr **After Church Club**: Smokey Music mit Ronald Lechtenberg – Jazz, Blues, Pop  
25.11., 21 Uhr **Monday Night Session**: Snakatak – Funk & Fusion
- **Musikschule Münster**, Himmelreich-allee 50 (Konzerte finden dort statt, wenn nicht anders angegeben)  
22.09., 15 u. 17 Uhr **Open Air im Südpark**, JEKISS-Chöre stellen beim „Weltkindertag“ ihre Lieblings-Ohrwürmer vor, Südpark  
27.09., 18.30 Uhr **Kleines Vorspiel, Bühne frei!** Schülerinnen und Schüler erproben das öffentliche Musizieren  
04.10.-08.10. **Ein Wochenende mit Gitarre**, Konzerte, Masterclasses, Vorträge, Workshop, Ausstellung

- 05.10., 10-17 Uhr **Brasszination**, Ein Tag rund ums Blech, Aula des Paulinums, Am Stadtgraben 30  
11.11., 18 Uhr **Gastspiel der Deutschen Streicherphilharmonie**, Foyer LWL-Museum für Kunst und Kultur, 17.11., 18 Uhr **Konzert des Fachbereiches Gesang**, Petrikirche, Jesuitengang  
23.11., 14-17 Uhr **Instrumentenschnuppertag** im Himmelreich  
24.11., 11 Uhr **Flötenklänge** – Matinee  
29.11., 19 Uhr **Tastensoiree 2**, Abschlusskonzert der Projektwoche  
29.11., 19.30 Uhr **Jung und wild!**, Konzert der jungen Talente der Jugendakademie Münster  
30.11., 16.48 Uhr **Adventsmusik vom Sentenzbogen mit BRASSISSIMO**, Prinzipalmarkt, Balkon des Stadtweinhauses
- **Musikhochschule Münster**, Ludgeriplatz 1, 48151 Münster  
26.09., 20 Uhr **Münster Vocal Festival**, internationale Nacht der Chöre, Münsteraner Innenstadt  
27.09., 20 Uhr **Münster Vocal Festival**, Eröffnungskonzert, Aula am Aasee  
28.09., 20 Uhr **Münster Vocal Festival**, Galakonzert, Aula am Aasee
- **Tide**, im Factory Hotel, An der Germania Brauerei 5, 48159 Münster  
04.10, 08.11., 06. und 20.12., 20.30 Uhr **Jazz in der Tide**
- **Regelmäßig:**  
**Irish Folk Session** erster Sonntag im Monat, 19 Uhr, Frauenstraße 24; Eintritt frei

### Tanz

- **Hot Jazz Club**, Hafengeweg 26B, 48155 Münster  
13.11., 21 Uhr **Latin & Salsa Jam** mit Grupo Vacila, Latin & Salsa  
25.09., 23.10., 27.11., 21 Uhr **Latin & Salsa Party** mit DJ Juan Pa, Latin & Salsa

### Museen und Ausstellungen

- **LWL-Museum für Kunst und Kultur**, Domplatz 10, 48143 Münster  
**Langer Freitag**, jeder zweite Freitag im Monat, 10-24 Uhr



**Ausstellung: Salonfähig! 106 Werke aus dem Museumsdepot:** 08.03.2019 bis 05.01.2020

**Ausstellung: Hülle und Kern. Multiples von Joseph Beuys, bis 29.09.2019**

**Ausstellung: Turner, Horror und Delight,** 08.11.2019 bis 26.01.2020

- **Museum für Lackkunst,** Windthorststraße 26, 48143 Münster; Lackkunst-Sammlungen aus China, Japan, Europa und dem Islam

**Ausstellung: Männer machen Mode,** 07.11.2019 bis 02.02.2020

Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren

dienstags (freier Eintritt) 12-20 Uhr, sonntags um 15 Uhr kostenlose Führung durch die Sammlung

- **Naturkundemuseum / Planetarium,** Sentruper Straße 285, 48161 Münster

**Das Gehirn – Intelligenz, Bewusstsein, Gefühl;** Sonderausstellung bis 27.10.2019

**50 Jahre Mondlandung – Bilderausstellung** bis 27.10.2019

**Dinosaurier – Die Urzeit lebt!** Dauerausstellung

**An folgenden Tagen ist der Besuch der Ausstellungen frei:**

28.08., 29.08., 03.09., 04.09., 07.12., 24.12.; jeweils 9-18 Uhr

- **Stadtmuseum Münster,** Salzstraße 28, 48143 Münster

**Vor 50 Jahren – Münster 1969;** noch bis 24.11.2019

Gemeinsam für die Kunst – Die Anfänge der Freien Künstlergemeinschaft Schanze, **12.11.2019 bis 19.04.2020**

### Leezen

- **Fahrradversteigerungen in der Fundfahrradstation,** Industrieweg 75, 48155 Münster  
27.09. und 13.12.; Beginn ist um 9 Uhr. Versteigert werden zunächst allgemeine Fundsachen, anschließend die Fahrräder
- **Fietsenbörse**  
Hafenstraße 62, 48153 Münster  
19.10. und 09.11.  
Näheres unter [www.fietsenboerse.de/fahrradmarkt/muenster](http://www.fietsenboerse.de/fahrradmarkt/muenster)

### Verschiedenes

- **VHS , Aegidiimarkt 3, 48143 Münster**  
20.09. 17-23 Uhr: die bundesweit erste **Lange Nacht der Volkshochschulen,** Vorträge, Musik etc.
- **Stadtbücherei, Alter Steinweg 11, 48143 Münster**  
**Virtual Reality erleben** (12 bis 99 Jahre) ohne Anmeldung, dienstags 15-17 Uhr,  
Weitere Veranstaltungen für Erwachsene, Kinder und Jugendliche:Infos: <https://www.stadt-muenster.de/buecherei/startseite.html>
- **Specops, Von-Vincke-Straße 5, 48143 Münster**



**Jazz in der Tide**  
Foto: Peter Andres

30.09. **Ein Abend in Moll** – Ferdinand Führer und Roland von Oystern erzählen von ihrem Kontostand

10.10. „15 Songs – Das Musikquiz“

**Glutamat** – Improtheater, dritter Donnerstag im Monat, 20 Uhr

- **Biologische Station Rieselfelder Münster e.V., Coermühle 181, 48157 Münster**

**Öffentliche Führung:** 19.10., 16-18 Uhr / 10.11., 10-12 Uhr / 07.12., 13-15 Uhr

Weitere Führungen in den Rieselfeldern und Termine zu speziellen Themen auf Nachfrage (nicht kostenfrei).

Infos: Tel. (0251) 16 17 60 oder <http://wp.biostation-muenster.org/veranstaltungen>

**STADT MÜNSTER**

**vhs** Volkshochschule Münster

Jahresthema  
**Aufbruch  
Auszeit  
Ankommen**

**Jetzt anmelden:  
[www.vhs.muenster.de](http://www.vhs.muenster.de)**

vhs-Infotreff, Aegidiimarkt 3,  
[infotreff@stadt-muenster.de](mailto:infotreff@stadt-muenster.de), Tel. 492-4321

**Poetry Late Night  
Lesebühne Die2**

4. Dienstag im Monat  
BLACK BOX im cuba

Karten und Infos:

gefördert von  
**STADT MÜNSTER**  
Kulturamt

# Kurzmeldungen & Tipps

## EIN-EURO-JOBS AUF NEUEM TIEFSTAND

Laut der Bundesagentur für Arbeit habe die Anzahl der Beschäftigten in Ein-Euro-Jobs einen neuen Tiefpunkt erreicht, so veröffentlichte es die taz. Innerhalb der vorangegangenen zehn Jahre schrumpfte die Anzahl der Ein-Euro-Jobber\*innen von 840.000 auf 183.000.

Ein-Euro-Jobs wurden 2005 im Rahmen der Agenda 2010 von Rot-Grün eingeführt. Diese sollten dabei helfen, „Schlüsselqualifikationen für den Arbeitsmarkt“ zu erlangen, jedoch erntete das Konzept von vielen Seiten Kritik. Laut Bundesagentur hätten diese sogar eine negative Beschäftigungswirkung, da die Stellen die Arbeitssuche verhindern würden. Parteien wie die FDP begrüßten die sinkenden Zahlen der Ein-Euro-Jobs, und auch Sabine Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linken, empfand dies als eine positive Entwicklung. Laut ihr braucht es „gute öffentlich geförderte Beschäftigung, die Perspektiven eröffnet“ statt des Konzepts der Ein-Euro-Jobs.

## BUNDESREGIERUNG WILL WOHNUNGSLOSE ZÄHLEN

Nachdem die Bundesregierung sie jahrelang verschoben hat, beauftragt sie das Statistische Bundesamt mit einer Zählung der Obdachlosen für die bundesweite Wohnungslosenstatistik. So soll das Ausmaß und die Struktur der Obdachlosigkeit besser ermittelt

werden, damit mithilfe dieser Wissensbasis die Wohnungslosigkeit besser bekämpft werden kann.

Eine Sprecherin des Bundessozialministeriums von Hubertus Heil (SPD) bestätigt gegenüber Hinz&Kunzt, dass ein Gesetzesentwurf für solch eine Statistik erarbeitet wird und dass der Minister diesen „zügig auf den Weg bringen“ will. Eine exakte Zählung ist aber nicht geplant, da eine genaue Zählung von Obdachlosen, die auf der Straße leben, zu aufwendig wäre. Stattdessen soll es eine Sammlung von Informationen im Rahmen einer Begleitforschung des Armuts- und Reichtumsberichts geben.

Die Zählung soll dieses Jahr noch durchgeführt werden. Ein Blick auf die genauen Zahlen der Statistik soll man dagegen erst 2021 werfen können.

## GRUNDRENTE: PARITÄTISCHER BEGRÜSST PLÄNE UND FINANZIERUNGSKONZEPT

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat sein Konzept der Grundrente ohne vorherige Prüfung der Bedürftigkeit vorgelegt und trotz Einspruchs des Kanzleramtes die Ressortabstimmung für den Gesetzesentwurf eingeleitet. Die Union hatte zuvor eine Grundrente mit Bedürftigkeitsprüfung gefordert. Der Paritätische Wohlfahrtsverband stützt indes den Heil-Plan und lobt das von Finanzminister Olaf Scholz vorgelegte Finanzierungskonzept als „richtigen Aufschlag“.

„Die Rente ist für die Menschen das Herzstück der Sozialversicherung und unseres Sozialstaats. Es ist höchste Zeit, das bröckelnde Fundament unserer Rentenversicherung nicht nur zu kitten, sondern zu stärken“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. „Wer lange Jahre eingezahlt oder sich um Angehörige gekümmert hat, muss sich darauf verlassen können, im Alter nicht zum Sozialamt gehen zu müssen“, so Schneider. Es sei daher richtig, auf eine Bedürftigkeitsprüfung zu verzichten, die der Rente sowieso „wesensfern“ sei.

Kein Verständnis zeigt der Paritätische für die Kritik der Union am Konzept zur Finanzierung. „Das Finanzierungskonzept ist solide und gerecht“, so Schneider. „Die Möwenpick-Steuer stand ohnehin als Paradebeispiel für verfehlte Klientelpolitik. Ihre Abschaffung und die Einführung der Transaktionssteuer sind auch verteilungspolitisch das richtige Signal.“

Der Paritätische forderte die Bundesregierung auf, nunmehr den notwendigen Beitrag zur Rentengerechtigkeit und zur Stärkung des gesetzlichen Rentensystems zu leisten. Die Union müsse sich endlich dem Konzept der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung anschließen.

Der Paritätische kritisierte aber, dass in dem derzeitigen Grundrentenkonzept Erwerbsunfähige und Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien keine Berücksichtigung fänden. Der Paritätische forderte deshalb ein rentenpolitisches Gesamtkonzept: Die Rente müsse als Bürgerversicherung ausgestaltet

**Amt für Grünflächen,  
Umwelt und  
Nachhaltigkeit**

**STADT MÜNSTER**

**Umweltberatung** ☰ ☎ **4 92 - 67 67**



Klima schützen  
Nachhaltig Konsumieren  
Strom- und Wassersparen  
Schimmelpilze - was tun?  
Umweltverträglich Renovieren  
Wohngifte, Luftbelastung, Lärm  
Richtiges Heizen und Lüften  
Natur- und Artenschutz  
Grün in der Stadt

**Wir beraten Sie im Stadtwerke CityShop**  
Salzstraße 21, 48143 Münster  
umwelt@stadt-muenster.de  
www.stadt-muenster.de/umwelt

**Beratungszeiten:**  
Mo 13 - 18 Uhr  
Di, Mi, Do 10 - 13 Uhr  
3. Sa/Monat 10 - 16 Uhr

Mit freundlicher Genehmigung der AMPELMANN GmbH



werden. Das Rentenniveau müsse auf 53 Prozent angehoben werden. Armutspolitisch sei eine Anhebung der Regelsätze in der Altersgrundsicherung notwendig.

### BUNDESREGIERUNG BESCHLIESST MINDESTVERGÜTUNG FÜR AUSZUBILDENDE

Das Bundeskabinett hat eine Mindestvergütung für Auszubildende beschlossen. Diese soll bei 515 Euro pro Monat liegen und gilt ab 2020. Damit gäbe es erstmals eine gesetzliche Untergrenze für die Vergütung von Azubis. Die Mindestvergütung für das erste Ausbildungsjahr soll demnach jährlich steigen: Von 515 Euro im nächsten Jahr auf 550 Euro in 2021. Im Jahr 2022 sollen es dann 585 Euro sein und in 2023 schließlich 620 Euro. Im zweiten Ausbildungsjahr soll sich die Mindestvergütung automatisch um 18 Prozent erhöhen, im dritten Lehrjahr um 35 Prozent. Gewerkschaften kritisieren allerdings die geplante Ausnahmeregel: Denn Betriebe unter Tarifbindung sollen weiterhin Löhne unter dem Mindestlohn zahlen dürfen, solange dies der Tarifvertrag hergibt. Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ergaben, dass Ende 2017 fast 115.000 Azubis weniger als 500 Euro im Monat verdient haben, davon 65.000 sogar unter 400 Euro. Das sind mehr als sieben Prozent aller Auszubildenden. Davon betroffen sind viele Azubis in Ostdeutschland. In NRW sind es eher wenige, die eine derart niedrige Ausbildungsvergütung erhalten.

Den Vorschlag für eine Mindestausbildungsvergütung kommentiert der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann wie folgt: „Die Mindestvergütung für Azubis ist ein wichtiger Schritt, um die berufliche Bildung attraktiver zu machen. Man kann nicht in Sonntagsreden den Wert der Berufsbildung loben und dann werktags die Jugendlichen mit Dumping-Vergütungen abpeisen. Deshalb ist die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung überfällig.“

### FAST ZWEI MILLIONEN KINDER IN DEUTSCHLAND LEBEN VON HARTZ IV

Laut dem RedaktionsNetzwerk Deutschland ist die Anzahl der Kinder, die von Hartz-IV-Leistungen leben, in den vorigen zwei Jahren gesunken. Die Zahl sank von circa 2,03 Millionen auf rund 1,95 Millionen. Das entspricht etwa einem Rückgang von 3,7 Prozent. Die Zahl der ausländischen Kinder ist dafür um 4,1 Prozent gestiegen, circa 647.000 Kinder, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, haben keinen deutschen Pass. Stark betrof-

fen sind zusätzlich auch Kinder, die bei Alleinerziehenden wohnen, circa 887.000 der Kinder, die von Hartz IV abhängig sind, leben nur mit einem Elternteil zusammen. Der deutschlandweite Anteil der Kinder unter 18, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, liegt bei 14,4 Prozent. In Westdeutschland liegt der Anteil bei 13,5 Prozent und in Ostdeutschland bei 18,4 Prozent. Im Bundesländervergleich schneidet Bayern mit 6,5 Prozent am besten ab. Im Mittelfeld befinden sich Hessen mit 14,1 Prozent und Niedersachsen mit 14,2 Prozent. In Nordrhein-Westfalen sind 19 Prozent der Kinder auf So-



Foto: Agneta Becker



### COFFEE-TO-GO: JA, ABER IM MEHRWEG-ODER PFANDBECHER

Keine Frage: Coffee to go ist „in“. Genauso klar dürfte sein: Einwegbecher und Plastikdeckel sind „out“. Und das aus vielen guten Gründen: zum Beispiel wegen des enormen Ressourcenverbrauchs in der Herstellung der Wegwerfbecher, der in keinem Verhältnis zur Nutzungsdauer steht. Täglich landen deutschlandweit 320.000 Einwegbecher im Müll. Nicht selten werden sie sogar achtlos in der Natur hinterlassen und gefährden so zudem Tiere und Pflan-

zen. Die Initiative „Münster für Mehrweg“ rät deshalb, das schnelle Heißgetränk für zwischendurch beim Bäcker oder im Café einfach in einen Mehrwegbecher füllen zu lassen. „Das lohnt sich oft sogar doppelt: für die Umwelt und das Portemonnaie. Denn in vielen Lokalen in Münster gibt es bereits einen Preisnachlass für das Mitbringen eines eigenen Mehrwegbechers“, so Umweltberaterin Beate Böckenholt. Wenn der gerade nicht zur Hand ist, gibt's seit Jahresbeginn bereits in über 20 Münsteraner Cafés und auf dem Wochenmarkt Pfandbecher für Heißgetränke zum Mitnehmen. Eine Übersicht aller teilnehmenden Unternehmen ist in der städtischen Umweltberatung zu bekommen.

*Umweltberatung der Stadt Münster im CityShop, Salzstraße 21: Mo 13-18 Uhr, Di, Mi, Do 10-13 Uhr und dritter Sa im Monat 10-16 Uhr; Telefon (0251) 492 67 67, [www.stadt-muenster.de/umwelt](http://www.stadt-muenster.de/umwelt) und [www.stadt-muenster.de/umwelt/service-und-beratung.html](http://www.stadt-muenster.de/umwelt/service-und-beratung.html)*



Umweltberaterin Beate Böckenholt



STADT MÜNSTER

Presseamt

Mehr als ...

Ludgeri & Lamberti

www.muenster.de

# Kurzmeldungen & Tipps



Foto: pixabay.com

zialsleistungen angewiesen. Die Höchstwerte erreichen die beiden Stadtstaaten Berlin und Bremen mit 28,5 bzw. 31,2 Prozent.

## MEHR BAFÖG, ABER MEHR IST NICHT AUSREICHEND

Schüler\*innen und Studierende können sich seit dem 1. August 2019 über mehr Kohle im Geldsäckel freuen – zumindest, wenn sie Bafög beziehen. Das hat der Bundestag be-

schlossen und der Bundesrat hat zugestimmt. Seit Mitte Juli ist das 26. Bafög-Änderungsgesetz in Kraft, das die Einzelheiten regelt. Der Förderhöchstbetrag steigt stufenweise von 735 auf 861 Euro, der darin enthaltene Wohnzuschlag wird von 250 auf 325 Euro erhöht. Auch höhere Eltern- und Vermögensfreibeträge sind vorgesehen.

In den letzten Jahren sind die Zahlen der Bafög-Empfänger\*innen rückläufig gewesen. 2017 sanken sie gar unter die Marke 800.000 Schüler\*innen und Studierende mit Bafög. Das will die Reform ändern. Es sollen wieder mehr Studiosi in den Genuss der Leistungen kommen.

Doch Kritiker\*innen sehen weiteren Handlungsbedarf. Das Deutsche Studierendenwerk (DSW) hat in ihrer Stellungnahme zur Novelle des Bafög darauf hingewiesen: Aufgrund der zurückgegangenen Zahl der Geförderten zwischen 2012 und 2018 seien insgesamt 1,582 Milliarden Euro eingespart worden. Die Erhöhung der Bafög-Sätze, so wie vorgesehen, würde aber gerade mal 1,23 Milliarden Euro Mehrausgaben bedeuten. Die jüngsten Einsparungen seien also nicht einmal vollständig an die Studierenden weitergegeben worden. Die Förderhöchstdauer müsse um mindestens ein Semester verlängert werden, so das DSW, denn nur eine Minderheit der Studierenden könne die Regelstudienzeit einhalten. Ebenso müsse eine regelmäßige Anpassung der Beträge an die Preisentwicklung erfolgen.

Der fzs, der Dachverband der Studierendenvertretungen (ASTen), stellte klar, dass das bei Weitem nicht ausreiche. Das Bafög müsse grundlegend reformiert werden: Die Förderquote von aktuell 18 Prozent der Studierenden zeige, „dass Familien und Studierende belastet werden, die es sich eigentlich nicht leisten können“. Die Erhöhung der Freibeträge sei zwar „im Grundsatz zu begrüßen, aber leider viel zu gering“.

Langfristiges Ziel müsse es sein, so der fzs, dass das Bafög in ein eltern-, alters- und herkunftsunabhängiges Bafög umgewandelt werde. Es müsse wieder zu einem Vollzuschuss gemacht werden. „Nur so bekommen alle die Möglichkeit, selbstständig und selbstbestimmt zu studieren und sich tatsächlich nur auf das Studium und nicht auf Existenzängste zu konzentrieren“, so fzs-Vorstand Kevin Kunze. Der AstA der Uni Münster hat schon im Februar darauf hingewiesen: Auch diese Erhöhung werde die „Lebenshaltungskosten von Studierenden“ nicht decken können. Auch der neue Wohnzuschlag „deckt nicht die immer weiter steigenden Miet-

kosten in vielen Städten“, so der AstA in Münster.

## ARBEITSLOSENGELD: SUPERMÄRKTE ZAHLEN VORSCHUSS AUS

Bisher konnten Arbeitslose in Notfällen an Kassenautomaten in Jobcentern und Arbeitsagenturen Geld abheben. Nun sollen diese Automaten abgebaut werden. Sie waren zu teuer und fehleranfällig. Nach einer Testphase in mehreren deutschen Städten im Vorjahr wird unterdessen die Auszahlung an der Supermarkt-Kasse seit dem 1. Mai 2019 bundesweit eingeführt. Zu den teilnehmenden Supermärkten und Drogerien gehören unter anderen Rewe, Penny, Real, dm und Rossmann.

Das Verfahren ist in erster Linie für ALG-II-Empfänger\*innen in finanziellen Notlagen gedacht, die dringend Bargeld brauchen. Bislang gab es 300 Auszahlungsstellen – nun sind es 10.000. Um den Vorschuss im Supermarkt zu erhalten, legt man dort einen „neutral gehaltenen“ Zettel mit einem Barcode an der Supermarktkasse vor. Dann wird das Geld „anonym“ und „diskriminierungsfrei“ ausgezahlt, so die Bundesagentur für Arbeit (BA).

Die Neuregelung macht mit der früheren diskriminierenden Praxis der Jobcenter Schluss, schreibt das Tacheles: „Bisher wurde bei Akut-anträgen häufig mit völlig diskriminierenden Lebensmittelgutscheinen geantwortet, jeder Supermarkt bekam mit (insofern er die Gutscheine überhaupt angenommen hat), dass es sich um Hartz-IV-Beziehende handelte. Es durfte von dem Geld kein Tabak und Alkohol gezahlt werden, und am Ende gab es den Kassenbon an das Jobcenter, damit dies auch noch im Detail jeden Einkauf mitbekommen konnte.“

Bar-Auszahlungen seien nun Standard: Nur in drei Fällen dürften Jobcenter von einer Bar-Auszahlung absehen: „Lebensmittelgutscheine sind jetzt nur noch in drei Fällen zulässig:

1. Ungeeigneter Umgang mit Regelbedarf (§ 24 Abs. 2 SGB II),
2. Wenn ein vom Regelbedarf umfasster unabweisbarer Bedarf vorliegt (§ 24 Abs. 1 SGB II) und
3. Lebensmittelgutscheine bei Sanktionen (§ 31a Abs. 3 SGB II)“, so das Tacheles. ■

**HFR** *Rümpelfix*

*Second Hand*

**Möbel, Antiquitäten,  
Bücher, Haushaltswaren,  
Rares und Skuriles**

Bei uns ist immer Flohmarkt!

Bremer Str. 42 · Münster · Tel 609460  
info@ruempelfix.de · Mo–Fr 10–18 · Sa 10–16

**Angst vor'm Amt?**

**Nicht mit uns!**

**Ämterbegleitung im Malta**  
Tel. 0251/4140553





# Urteile

## ZUGANG DER KRANKMELDUNG BEI DER KRANKENKASSE

Um Krankengeld beziehen zu können, müssen kranke Arbeitnehmer\*innen ihre Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU) innerhalb von sieben Tagen ab der Krankschreibung der Krankenkasse zukommen lassen, so heißt es im Gesetz. Die Krankenkasse kann das Krankengeld verweigern, wenn die Bescheinigung zu spät oder gar nicht kommt. Häufig sieht es jedoch anders aus. Manche Krankenkassen verteilen an Arztpraxen Freiumsschläge, mit denen schickt die Praxis die Krankmeldungen an die Kasse. Wenn dies so üblich ist, dürfen sich die Kranken darauf verlassen, dass die AU rechtzeitig zur Krankenkasse gelangt. Die Krankenkasse hat sich mit dem Einsatz der Freiumsschläge selbst in die Pflicht gebracht, für eine ordnungsgemäße Krankmeldung zu sorgen. Eine verspätete Meldung an die Krankenkasse liegt in so einem Fall nicht in der Verantwortung der Kranken, und die Krankenkasse darf das Krankengeld nicht verweigern.

*Bundessozialgericht vom 08.08.2019 – B 3 KR 6/18 R und weitere Urteile des Tages (Mitteilung des Gerichts)*

## MEHRERE SPERRZEITEN AUF EINMAL

Lehnt ein Arbeitsloser wiederholt Beschäftigungsangebote ab oder verweigert die Teilnahme an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, dann verhängt die Arbeitsagentur üblicherweise eine zweite und dritte Sperrzeit mit einer längeren Dauer (sechs und zwölf Wochen). Diese verlängerte Sperrzeit kann nur eintreten, wenn dem Arbeitslosen zuvor konkrete Rechtsfolgenbelehrungen erteilt worden sind und wenn zudem bereits ein Bescheid über eine vorausgegangene Sperrzeit ergangen ist. Alle Sperrzeiten auf einmal zuzusenden, reicht für verlängerte Sperrzeiten nicht aus, auch reicht es nicht als Rechtsfolgenbelehrung einfach den Sperrzeitparagrafen auszudrucken. Allerdings kann die Arbeitsagentur jeweils die Mindestsperrzeit von drei Wochen verhängen.

*Bundessozialgericht vom 27.6.2019 – Az. B 11 AL 14/18 R und B 11 AL 17/18 R (Mitteilung des Gerichts)*



Foto: Agneta Becker

## PILOT KANN WEGEN DRUCKS ZU ARBEITSZEITVERSTÖßEN KÜNDIGEN

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Köln hat in diesem Frühjahr einen Beschluss in einem Prozess gefällt, in dem es um eine Eigenkündigung eines Piloten ging. Dieser wollte sein Beschäftigungsverhältnis bei der Fluggesellschaft aufgeben, nachdem ihm der Arbeitgeber nahegelegt hatte, die vorgeschriebenen Ruhezeiten „nicht so genau zu nehmen“, um Flugzeiten einzuhalten. Gegen die Kündigung klagte die Fluggesellschaft ihrerseits. Das LAG räumt dem Piloten jedoch in diesem Fall das Recht zur fristlosen Kündigung ein. Das Fehlverhalten der Arbeitgeberin stelle dafür einen ausreichenden Grund dar. Zur Begründung ver-



## HONORARPFLIEGEKRÄFTE IM HEIM SIND SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG

Laut einer Entscheidung des Bundessozialgerichts handelt es sich auch bei Honorarpflegerkräften um abhängig Beschäftigte. Deswegen müssten

die Betreiber von Pflegeheimen auch Sozialversicherungsbeiträge entrichten.

Nach Honorar bezahlte Freiberufler\*innen werden von Pflegeheimen gerne zeitlich befristet eingestellt, um bei akutem Fachkräftemangel die Versorgung der Bewohner\*innen gewährleisten zu können, obwohl sie häufig deutlich mehr verdienen als Festangestellte.

Dies könnte nicht nur die Nachzahlungen der Sozialversicherungsbeiträge bedeuten, sondern eventuell auch Ermittlungen wegen Sozialversicherungsabgabebetruß laut §266a StGB nach sich ziehen.

*Bundessozialgericht vom 07.06.2019 – Az. B 12 R 6/18 R (Mitteilung des Gerichts)*

## HONORARÄRZTE IN EINEM KRANKENHAUS SIND VERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

Arbeiten Honorarärzte in einem Krankenhaus, so sind sie voll in den betrieblichen Ablauf eingegliedert und sozialversicherungspflichtig.

*Bundessozialgericht vom 04.06.2019 – Az. B 12 R 11/18 R (Mitteilung des Gerichts)*

GUT - GÜNSTIG - GEBRAUCHT

# LILA LEEZE

NEUE ÖFFNUNGSZEITEN!  
WIR KAUFEN GEBRAUCHTRÄDER

**Fahrräder + Ersatzteile**  
neu und gebraucht

**E-Bikes Verkauf & Wartung**

**An- & Verkauf · Meister-Werkstatt**

Mo	13 - 19 Uhr
Di - Fr	10 - 19 Uhr
Sa	10 - 16 Uhr

Dortmunder Str. 11, Hof  
(im Hansaviertel)

Tel. 66 57 61 · [www.lila-leeze.de](http://www.lila-leeze.de)





Foto: Agneta Becker

### KINDER HABEN ANSPRUCH AUF EINE KITA IN DER NÄHE

In Koblenz hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz entschieden, dass ein dreijähriges Kind den Anspruch auf eine Kindertageseinrichtung hat, die mittels öffentlicher Verkehrsmittel in nicht mehr als 30 Minuten erreichbar sein sollte. Die berufstätigen Eltern meldeten am 3. Dezember 2018 ihr Kind bei der Stadt Mainz für einen Platz bei einer Kindertagesstätte an. Die Kommune stellte für den 1. Oktober 2019 einen

Betreuungsplatz in einer Kita in Mainz-Hechtsheim in Aussicht, die in etwa 40 Minuten von der Wohnung des Kindes entfernt war. Das OVG in Koblenz hat auf die eingelegte Beschwerde des Kindes die Stadt Mainz dazu verpflichtet, dem Kind spätestens ab dem 12. August 2019 einen Betreuungsplatz in einer Kita zu verschaffen. Nach Auffassung des OVG liegt dazu die Zumutbarkeitsgrenze für die Erreichbarkeit einer Kita von der Wohnung des Kindes bei maximal 30 Minuten. Unabhängig davon sei es aufgrund der Tätigkeit der Eltern unzumutbar, das Kind bis zum 1. Oktober 2019 warten zu lassen.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz vom 15.07.2019 – 7 B 10851/19.OVG

weisen die Richter auf die Bedeutung der Ruhezeiten und deren Einhaltung, diese seien kein Vorrecht oder Besitzstand von Piloten und Flugpersonal. Vielmehr handele es sich um eine Sicherheitsvorschrift, um Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer\*innen, der Kund\*innen und der Allgemeinheit zu schützen, sowie zur Vorbeugung bzw. Verhinderung möglicher Stör- und Katastrophenfälle. Einem Piloten sei die Weiterbeschäftigung in einem Unternehmen nicht zumutbar, das sich nicht an grundlegende Sicherheitsbestimmungen halte.

Landesarbeitsgericht Köln vom 04.04.2019 – Az. 6 Sa 444/18

Anmerkung der Redaktion: Auch für Lkw- und Busfahrer sind Ruhezeiten zum Schutz der Gesundheit des Personals und von anderen Verkehrsteilnehmer\*innen vorgeschrieben. Kündigt ein Fahrer wegen Drucks zur Mehrarbeit fristlos, so dürfte er sich auf dieses Urteil beziehen können.

# Urteile

### ARBEITGEBER\*INNEN MÜSSEN AUF DROHENDEN VERFALL DES URLAUBS HINWEISEN

Der Urlaubsanspruch eines\*r Arbeitnehmer\*in erlischt in der Regel nur dann am Ende des Kalenderjahres, wenn der\*die Arbeitgeber\*in den\*die Arbeitnehmer\*in zuvor über seinen Urlaubsanspruch und die Verfallfristen belehrt hat. Diese Initiativlast des\*der Arbeitgebers\*in bezieht sich nicht nur auf das laufende Kalenderjahr, sondern auch auf den Urlaub aus vorangegangenen Kalenderjahren, so das Landesarbeitsgericht (LAG) Köln.



Foto: pixabay.com

# Selbst leihen statt selbst kaufen.

**Ich mach's.**

Jonah H. aus Münster tauscht, leiht und verleiht gern und spart dabei wertvolle Ressourcen ein. Danke!

Warum eigentlich immer alles selber besitzen wollen? Viele Sachen kann man sich doch einfach leihen: die Bohrmaschine, die Heckenschere, das Waffeleisen ... Es gibt so viele Sachen, die man eher selten nutzt. Kurz beim Nachbarn oder Freunden nachgefragt – spart nicht nur Geld sondern auch Ressourcen! Sei dabei und mach mit!

Mehr unter: [www.awm.muenster.de](http://www.awm.muenster.de)



**Umweltschützer.**

Gemeinsam für das große Ziel

**awm**



**SCHULBÜCHER VOM JOBCENTER**

Die Kosten für Schulbücher sind vom Jobcenter als Härtefall-Mehrbedarf zu übernehmen, wenn Schüler und Schülerinnen ohne Lernmittelfreiheit ihre Schulbücher selbst kaufen müssen.

*Bundessozialgericht vom 08.05.2019 –  
Az. B 14 AS 6/18 R und B 14 AS 13/18 R  
(Mitteilung des Gerichts)*

**SCHULBUCH-URTEIL FÜR NRW:  
EIGENANTEIL VON 24 EURO IST VOM  
JOBCENTER ZU ÜBERNEHMEN**

Das Sozialgericht (SG) Köln hat mit Urteil vom 29. Mai 2019 das zuständige Jobcenter Rhein-Sieg zur Übernahme des Eigenanteils für Schulbücher verpflichtet. Im vorliegenden Fall musste die Schülerin, die in einer Bedarfsgemeinschaft nach SGB II (Hartz IV) mit ihren Eltern lebt, im Jahr 2018 24 Euro Eigenanteil zu einem Schulbuch zahlen. Sie wurde von der Schule von der Entrichtung des Eigenanteils nicht befreit.

Für NRW gilt laut § 96 Abs. 3 SchulG NRW, dass Schulen für die Beschaffung von Schulbüchern von den Schüler\*innen einen Eigenanteil einfordern können. Der Eigenanteil in NRW kann bis zu 234 Euro betragen. Nur Empfänger\*innen von Sozialhilfe sind befreit. Weitere Befreiungen können die Schulen eigenmächtig beschließen.

Das SG Köln sieht die Anspruchsgrundlage in analoger Anwendung im Mehrbedarf nach § 21 Abs. 6 SGB II auf Zuschussbasis. Denn: Die Schulbedarfspauschale diene „zum Schuljahresbeginn insbesondere dem Erwerb von Gegenständen zur persönlichen Ausstattung für die Schule (zum Beispiel Schulranzen, Schulrucksack, Turnzeug, Turnbeutel, Blockflöte) und für Schreib-, Rechen- und Zeichenmaterialien (zum Beispiel Füller einschließlich Tintenpatronen, Kugelschreiber, Bleistifte, Malstifte, Malkisten, Hefte, Blöcke, Papier, Lineale, Buchhüllen, Zirkel, Taschen-

Foto: Agneta Becker



rechner, Geodreieck). Nicht von der Pauschale nach § 28 Abs. 3 SGB II umfasst sind dagegen Kosten für Schulbücher“, so das Gericht. Das SG Köln übernimmt somit als erstes Gericht in NRW die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts.

*Sozialgericht Köln vom 29.05.2019 –  
Az. S 40 AS 352/19*

Der Kläger war in der Zeit vom 1. September 2012 bis zum 31. März 2017 als Bote bei dem beklagten Apotheker beschäftigt. Bezüglich der Urlaubsansprüche des Klägers trafen die Parteien im Arbeitsvertrag eine Regelung, wonach der Kläger seinen Jahresurlaub auf eigenen Wunsch in Form einer wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung nimmt. Statt der bezahlten 30 Stunden pro Woche arbeitete der Kläger nur 27,5 Stunden pro Woche. Die Gewährung darüber hinausgehenden Urlaubs hat der Kläger während des Arbeitsverhältnisses nicht verlangt. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses beehrte der Kläger einen finanziellen Ausgleich für in den Jahren 2014, 2015 und 2016 nicht gewährten Urlaub.

In erster Instanz hatte der Kläger mit seiner Klage keinen Erfolg. Die Berufung des Klägers vor dem LAG Köln war im Wesentlichen erfolgreich. Nach der Bewertung des LAG sind die Urlaubsansprüche des Klägers nicht durch den geringeren Arbeitszeitumfang erfüllt worden. Die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung stelle keinen Erholungsurlaub im Sinne des Bundesurlaubsgesetzes dar.

Die Urlaubsansprüche des Klägers seien auch nicht gemäß § 7 Abs. 3 BUrlG verfallen. Unter Berücksichtigung des europäischen Rechts verfallende der Urlaub eines Arbeitnehmers in der Regel nur, wenn der Arbeitgeber ihn zuvor konkret aufgefordert habe, den Urlaub zu nehmen, und ihn klar und rechtzeitig darauf hingewiesen habe, dass der Urlaub anderenfalls mit Ablauf

des Urlaubsjahres oder Übertragungszeitraums erlösche.

Entsprechende Vorgaben hatte am 6. November 2018 der Gerichtshof der Europäischen Union unter dem Aktenzeichen C-684/16 gemacht. Dem Arbeitgeber obliege die Initiativlast, im laufenden Kalenderjahr

den Arbeitnehmer konkret aufzufordern, den Urlaub zu nehmen. Diese Obliegenheit des Arbeitgebers bezieht sich nach Auffassung des LAG auch auf Urlaub aus vorangegangenen Kalenderjahren.

*Landesarbeitsgericht Köln vom 09.04.2019 –  
Az. 4 Sa 242/18*

Mieterhöhung? Wohnungsmängel?

Kündigung? Hohe Nebenkosten?



**Mieter/innen-Schutzverein**

Münster und Umgebung e.V.

Achtermannstr. 10  
48143 Münster (Nähe HBF)  
mo - do: 9 - 13 und 14 - 18 Uhr  
fr: 9 - 12 Uhr

✉ [mvs@muenster.de](mailto:mvs@muenster.de)

[www.mieterschutzverein-muenster.de](http://www.mieterschutzverein-muenster.de)

☎ (0251) 51 17 59

**Kompetent.  
Schnell.  
Preiswert.**

**AUCH AM PROBEARBEITSTAG GILT DER UNFALLVERSICHERUNGSSCHUTZ**

Ein Arbeitsuchender, der in einem Unternehmen einen „Probearbeitstag“ verrichtet und sich dabei verletzt, ist gesetzlich unfallversichert. Dies hat das Bundessozialgericht entschieden. Der\*die Kläger\*in sei zwar nicht offiziell Beschäftigte\*r des Unternehmens gewesen. Aber da er\*sie „eine dem\*der Entsorgungunternehmer\*in dienende, dessen\*deren Willen entsprechende Tätigkeit von wirtschaftlichem Wert erbracht“ habe, die einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis ähnlich ist, gelte trotzdem der gesetzliche Unfallversicherungsschutz. Insbesondere habe die Tätigkeit nicht nur im Eigeninteresse des\*der Kläger\*in gelegen, eine dauerhafte Beschäftigung zu erlangen. „Denn der Probearbeitstag sollte gerade auch dem\*der Unternehmer\*in die Auswahl eines\*r geeigneten Bewerber\*in ermöglichen und hatte damit für ihn einen objektiv wirtschaftlichen Wert“, so das Gericht.

*Bundessozialgericht vom 20. August 2019 – B 2 U 1/18 R*

**URTEIL: ELTERNGELD KANN DURCH GEHALTSNACHZAHLUNGEN ERHÖHT WERDEN**

Am 27. Juni 2019 hat der 10. Senat des Bundessozialgerichts entschieden: Bei der Bemessung des Elterngelds können Gehaltsnachzahlungen berücksichtigt werden. So



steht es in einer Pressemitteilung des Bundessozialgerichts (BSG). Für die Bemessung ist auch nicht relevant, wann der nachgezahlte Arbeitslohn erarbeitet wurde. Solange dieser im „Bemessungszeitraum“ (die zwölf Monate vor dem Geburtsmonat des Kindes) nachgezahlt wird, fließt der nachgezahlte Lohn in das jeweilige Elterngeld. Dies basiert auf der Grundlage der gesetzlichen Neuregelung vom 18. September 2012 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG). Bei einem Fall vom Juni 2013 hatte der beklagte Landkreis deshalb nicht die Berechtigung, die erarbeitete Gehaltsnachzahlung der Klägerin bei der Berechnung des Elterngelds auszuklammern.

*Bundessozialgericht vom 27.06.2019 – Az. B 10 EG 1/18 R*

# Urteile

**SG: LEISTUNGSANPASSUNG FÜR ASYLBEWERBER\*INNEN FOLGT AUS GESETZ**

Grundleistungen für Asylbewerber\*innen sind entgegen gesetzlicher Vorgabe seit 2017 nicht mehr erhöht worden. Trotzdem lehnte der Landkreis Cuxhaven eine Erhöhung ab.

Dagegen geklagt hatte ein 38-jähriger Mann mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Seit 1999 wird sein Aufenthalt

in Deutschland wegen Passlosigkeit geduldet. Er lebt in einer Gemeinschaftsunterkunft im Landkreis Cuxhaven. Im Jahr 2018 erhielt er monatliche Leistungen von 354 Euro zuzüglich Unterkunfts- und Heizkosten. In dieser Zeit lag der Sozialhilfesatz für eine\*n Erwachsene\*n bei 416 Euro pro Monat.

Die Bundesregierung vertritt die Rechtsauffassung, dass die Neufestsetzung und Fort-

**CHANCE e.v.**  
**SEIT 25 JAHREN**  
 www.chance-muenster.de

**Möbel und Trödel**  
 2. Hand-Möbel · Porzellan · Bücher  
 Glas-Accessoires · Trödel · u.v.m.  
**Möbel-Trödel** Friedrich-Ebert-Str. 7/15, Tel.: 62088-10  
 Mo.-Fr.: 9.30-19.00 Uhr, Sa.: 9.30-16.00 Uhr

**viaprinto**

**Meine Art zu drucken.**  
 individuell | komfortabel | begeistert

- individuell**  
überzeugende Lösungen in der persönlichen Beratung
- komfortabel**  
Ihre Druckdaten in der Online-Vorschau erleben
- begeistert**  
in Qualität, Lieferung und Freundlichkeit

Jetzt online drucken: [www.viaprinto.de](http://www.viaprinto.de)



schreibung der Bedarfssätze des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) ein Gesetz bzw. die Bekanntgabe durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) voraussetzten. Deshalb lehnte der Landkreis die Erhöhung ab.

In der ersten Instanz hatte das Sozialgericht (SG) Stade höhere Leistungen von sechs Euro pro Monat mit der Begründung zugesprochen, dass sich diese Erhöhung der Bedarfssätze unmittelbar aus dem Gesetz ergäbe und eine Bekanntgabe durch das BMAS nicht erforderlich wäre.

Das Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen hatte zwar die Berufung des Landkreises aus prozessualen Gründen als unzulässig verworfen, aber wegen grundsätzlicher Bedeutung einen Ausblick auf seine voraussichtliche Rechtsprechung gegeben: Wie auch das SG tendiert der Senat dazu, dass die Grundleistungen für die Zeit ab 2017 wegen der vom Gesetzgeber nicht vorgenommenen Neufestsetzung im Rahmen einer gerichtlichen Überprüfung entsprechend der gesetzlichen Vorgabe fortzuschreiben sind.

Denn: Nach Wortlaut des AsylbLG und der Gesetzeshistorie und -systematik müssten die Leistungen angepasst werden. Die Lei-

stungssätze nach dem AsylbLG seien bereits von 1993 bis 2012 unverändert geblieben und nicht an die Lebensverhältnisse in Deutschland angepasst worden. Die Überprüfung und Weiterentwicklung der Leistungen anhand der gegenwärtigen Umstände seien auch nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts geboten. Dies erfordere die Menschenwürde.

*Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen vom 23. Mai 2019 – Az. L 8 AY 49/18*

### **URTEIL: UNFALLSCHUTZ GREIFT NICHT BEIM BESORGEN EINES „COFFEE-TO-GO“**

Das Besorgen eines „Coffee-to-go“ auf einem Betriebsweg ist im Regelfall nicht versichert. So entschied das Landessozialgericht (LSG) Erfurt am 21. März 2019 in einem Fall, in dem eine versicherte Arbeitnehmerin, vor dem Betreten einer Bäckerei stürzte.

Die Betroffene arbeitet bei einem mobilen Pflegedienst und wollte sich auf dem Weg zur einer neuen Klientin einen „Coffee-to-go“ kaufen. Kurz vor dem Betreten der Bäckerei stolperte sie und verletzte sich am Knie. So schrieb es das Rechtsportal Juris. Laut Be-

rufsgenossenschaft lag in diesem Fall kein Arbeitsunfall vor, weswegen das Sozialgericht die dagegen gerichtete Klage abwies. Das LSG Erfurt bestätigte dies und wies die Berufung zurück.

Versichert seien nur Verrichtungen im Rahmen der Beschäftigung, und laut LSG stand der Kauf eines „Coffee-to-go“ nicht im Kontext der Beschäftigung, weswegen dies eine kurzweilige Unterbrechung des Arbeitsweges darstellt. Anzeichen, dass der Unfall durch eine mit der Tätigkeit verbundene Gefahr ausgelöst worden sei, wurden dementsprechend nicht festgestellt.

*Landessozialgericht Erfurt vom 21.03.2019 – Az. L 1 U 1312/18*



Foto: Agneta Becker



Foto: privat

### **Werner Stöckelmann**

1951 - 2019

Da ist ein Mensch irgendwie immer wie selbstverständlich da, und dann ist er plötzlich nicht mehr da.

Werner war über die Jahre trotz gesundheitlicher Probleme regelmäßiger Besucher unseres Arbeitslosentreffs MALTA, und war´s auch nur mal kurz auf einen Kaffee, einen Plausch, einen Blick in die Zeitung. Er gehörte zu denen, die den MALTA als Ort der Begegnung und des Austausches schätzten und als solchen aktiv mitgestalteten und prägten, auch in weniger rosigen Zeiten.

Nach einem schweren Arbeitsunfall konnte Werner seinen Beruf nicht mehr ausüben. Ohne diesen Unfall, so viel steht fest, wären wir ihm wohl nie begegnet. Sein Tod kam für uns so plötzlich und überraschend wie wohl für alle, die ihn kannten. Werner hat uns in seinem Testament bedacht, was uns beinah so gerührt hat, wie uns der Anlass traurig stimmt.

Danke, Werner. Für alles.

# IMPRESSUM

HERBST 2019

## Herausgeber

AbM e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)  
 Berliner Platz 8 - 48143 Münster  
 Telefon: 0251 - 511 121  
 Internet: www.sperre-online.de  
 E-mail: sperre@muenster.de

## Redaktion

Peter Andres (pan)  
 Norbert Attermeyer (noa)  
 Erik Dahmen  
 Jan Große Nobis (jgn)  
 William Kaßel  
 Thomas Krämer (tk, V.i.S.d.P.)  
 Daniel Krull (dk)  
 Christoph Theligmann (ct)  
 Arnold Voskamp (avo)

## Mitarbeiter

Heinz Annas, Lea Pohl

## Gestaltung / Layout

Ulrike Goj

## Fotos

Peter Andres, Agnet Becker, Erik Dahmen,  
 Jan Große Nobis, pixabay.com

## Online

www.sperre-online.de  
 Peter Andres, Erik Dahmen,  
 Jan Große Nobis, William Kaßel  
 Christoph Theligmann

## Anzeigen/Spenden

Peter Andres, Maria Hamers

## Bankverbindung:

Bankverbindung:  
 Sparkasse Münsterland Ost  
 IBAN: DE64 4005 0150 0004 0117 97

## Auflage

5.000 Exemplare

## Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /  
 als Förderabonnement

## Verteilung

### Kostenfrei an Ausgestellten im Innenstadtgebiet Münsters

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht  
 unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
 Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge  
 liegt bei den Autorinnen und Autoren.  
 Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise  
 Nachdruck, bedarf der Genehmigung.  
 Leserbriefe bitte an den Herausgeber.  
 Wir freuen uns über jede Zuschrift.  
 Das Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.

## Nächste Ausgabe

03.12.2019

## Redaktionsschluss

12.11.019

## Anzeigenschluss

29.10.2019

## Mit finanzieller Unterstützung von:



# Balko Klattmor lernt Deutsch und Kafka

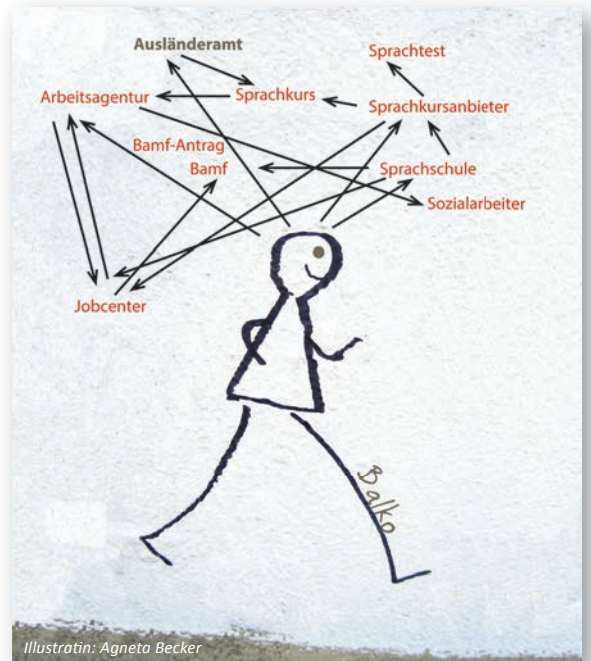
Ein Einwanderer und seine Familie werden zum  
 Treibgut im Meer der Bürokratie

**Vor** fünf Jahren sind Balko Klattmor und seine Familie nach Deutschland gekommen. Balko hatte bald seinen ersten Job gefunden und mit kleinen Unterbrechungen fortlaufend bis jetzt gearbeitet, in der Zeitarbeit oder befristeten Aushilfsjobs. Einen Sprachkurs hatte er nicht besucht, seine Deutsch-Kenntnisse hat er hauptsächlich aus einem selbst angeschafften Lehrbuch. Damit kann er sich inzwischen gut verständigen. Als er wieder eine Arbeit verloren hat, rät ihm das Ausländeramt zu einem organisierten Deutschkurs. Damit könne er eine qualifiziertere und sichere Stelle und sogar einen besseren Aufenthalt kriegen.

Balko erhält Arbeitslosengeld von der Arbeitsagentur, dazu bekommt die Familie Arbeitslosengeld II vom Jobcenter. Die Arbeitsagentur ist vorrangig für seine berufliche Eingliederung zuständig. Bei einer Sprachschule hat er sich um einen Sprachkurs beworben und einen Sprachtest gemacht. Er bittet die Arbeitsagentur darum, die Kosten des Kurses zu übernehmen. Die Arbeitsagentur sagt ihm: „Wir können den Sprachkurs nicht bezahlen, gehen Sie zum Jobcenter, das kann bezahlen.“ Das Jobcenter sagt ihm: „Nein, wir können nicht, sondern die Arbeitsagentur oder das BAMF (Bundesamt für Migration; Anm. d. Red.).“ Balko wundert sich: „BAMF?“

Er geht noch mal zu der Sprachschule, diese schickt Balko zu einer anderen Sprachschule in Münster. Dort heißt es: „Ja, können wir machen, aber ohne Förderung machen wir nichts. Am besten, Sie holen sich eine Berechtigung im Jobcenter.“ Beim Jobcenter war er ja gerade, das kann er sich nicht vorstellen. Also geht er noch mal zur Arbeitsagentur. Die Arbeitsagentur sagt nur: „Nein, wir sind nicht zuständig. Die Sprachschulen haben Sozialarbeiter, sollen die sich darum kümmern.“ Die Sprachschule: „Wir helfen beim BAMF-Antrag, aber der Antrag dauert lange. Besser ist das Jobcenter.“ Das Jobcenter: „Wir sind nicht zuständig.“

Ein deutscher Freund rät ihm schließlich: „Lies Geschichten von Kafka, dann lernst Du die deutsche Sprache und deutsche Behörden kennen.“ *avo*

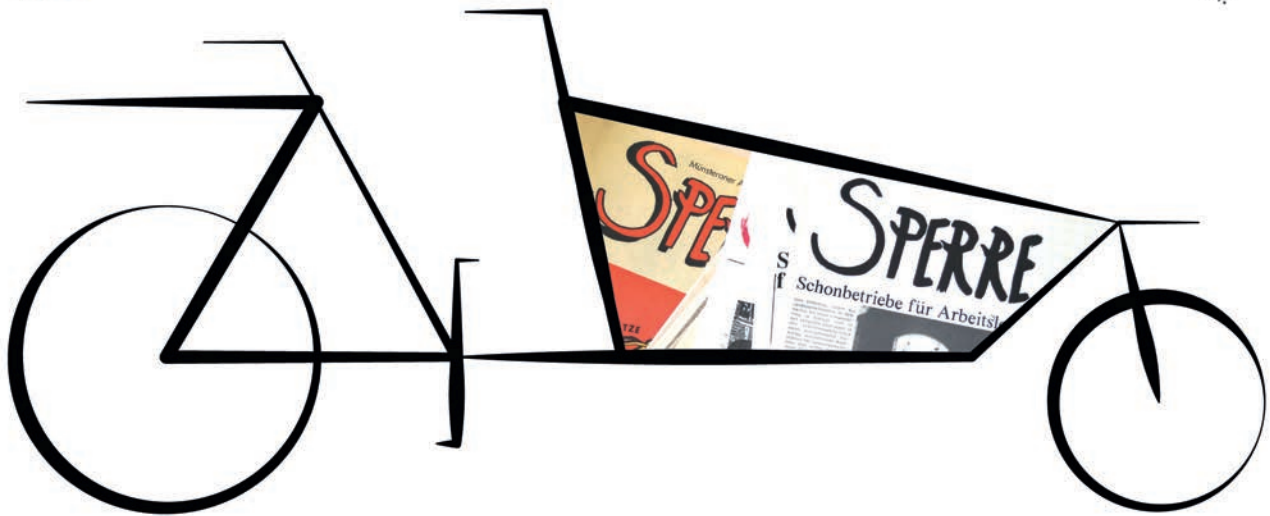


Illustratin: Agnet Becker



# Spendenaufruf!!!

Wir benötigen dringend Spenden für ein **Lastenrad**, um die **Sperre** zu verteilen!



**sperre**

Spendenkonto: Arbeitslose brauchen Medien e.V. | IBAN: DE64 4005 0150 0004 0117 97 | Sparkasse Münsterland Ost

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Hanns Wienold  
**Indien heute**  
**Die Armut bleibt unbesiegt**  
2019 – 268 Seiten – 29,00 €  
ISBN 978-3-89691-279-4



Alex Demirović / Susanne Lettow / Andrea Maihofer (Hrsg.)  
**Emanzipation**  
**Zur Aktualität eines politischen Begriffs**  
im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung  
2019 – 233 Seiten – 25,00 € – ISBN 978-3-89691-282-4

Mit Beiträgen von Michael Brie,  
Svenja Bromberg, Sara Farris,  
Tatjana Freytag, Katia Genel,  
Isabell Lorey, Ruth Sonderegger,  
Moshe Zuckermann u.a.





**DIE LINKE.**  
Ratsfraktion Münster

Fast ein Viertel aller erwachsenen Armen sind heute schon Rentner\*innen!

Der Anteil der Senior\*innen, die ergänzende Grundsicherung zum Lebensunterhalt brauchen, dürfte von heute 3 Prozent auf über 25 Prozent in 2040 steigen. Damit droht jeder vierten Rentner\*in Altersarmut.

Auch Münsteraner\*innen sind heute schon zunehmend auf die Grundsicherung angewiesen. Im Rahmen der Etatberatungen 2019 hatte DIE LINKE.Ratsfraktion ein Maßnahmenprogramm gegen die steigende Altersarmut in Münster beantragt, das im Finanzausschuss vom SchwarzGrünen Bündnis abgelehnt worden ist.

[www.linksfraktion-muenster.de](http://www.linksfraktion-muenster.de)